
Einheit und Widerspruch

**Theoretisches und Diskussionsorgan
der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)**

Heft 3 – Jänner 2015

Vorwort



Solidarität und Klassenkampf!

Stärkt die PdA!

Der zweite Parteitag unserer Partei, der Partei der Arbeit, steht an. Es wird dabei auch um Fragen gehen, ganz grundlegender Natur, wie, hat sich unsere bisherige Arbeit bezahlt gemacht und braucht es unsere Partei überhaupt? Haben wir eine Zukunft? Otto Bruckner schreibt in seinem Artikel, dass es notwendig sein wird, „Beharrlichkeit, Ernsthaftigkeit und langen Atem an den Tag zu legen. (...) Wir setzen auf die Kraft und die Stärke einer politisch aufgeklärten und gebildeten ArbeiterInnenschaft, unser Ziel ist es, dass aus der Klasse an sich die Klasse für sich wird. Anders wird sich nichts ändern. Das ist auch der wichtigste Grund, warum wir diese Partei gegründet haben, und warum sie so heißt: Partei der Arbeit.“
Eines sollte zudem klar sein. Die gegen-

wärtige Situation braucht uns KommunistInnen mehr denn je. Sie ist geprägt von Krise, Krieg und rassistischen Reflexen auf die derzeitige Flüchtlingssituation. Der Terror ist längst in Europa angekommen. Jener Terror, der ein Produkt des Imperialismus ist. Die Kriege im Irak, in Libyen und in Syrien erlaubten erst den Aufstieg des IS. Die Menschen die von Krieg, Elend und Zerstörung fliehen, erhoffen dadurch nicht nur den Schutz von Leib und Leben, sondern erhoffen sich zu Recht auch eine Zukunftsperspektive in den Zielländern. Diese ist aber alles andere als garantiert. Dem kapitalistischen Arbeitsmarkt, der immer noch von der Krise geprägt ist, sind Grenzen gesetzt. Selbst anerkannte Flüchtlinge haben oft nur die Perspektive eines neuen Billigproletariats, wenn sie denn überhaupt Arbeit finden sollten. In solch einer Situation setzt die rechte Hetze ein. Während tausende Menschen vor dem

Elend des Krieges fliehen, der vom Imperialismus entfacht wurde, werden Grenzzäune in Europa errichtet und Erschwernisse für Asylwerber erdacht, welche die Katastrophe noch verschärfen.

Die Dreieinigkeit der kapitalistischen Unterdrückung in ihrer gegenwärtigen Ausprägung, die von Krise, Krieg und mehr Repression, muss überwunden werden und sie kann nur überwunden werden, wenn in jeder Frage konsequent der Schritt in Richtung Sozialismus unternommen wird. Die Barbarei ist längst allgegenwärtig. Einige der wesentlichen Fragen der Gegenwart sind auch Inhalt der vorliegenden Beiträge dieser Ausgabe von Einheit und Widerspruch.

Jannis M. Kalogeropoulos beleuchtet das Asylwerberabwehrsystem und kommt zu dem Schluss: Solidarität mit Flüchtlingen bedeutet „Kampf gegen den EU/US-Imperialismus hier in Europa auf Basis der Erkenntnis, dass Flüchtlinge Opfer des gleichen Imperialismus sind, der nun heuchlerisch eigene Opfer beklagt.“

Die Entwicklung und Folgewirkungen der Wirtschaftskrise untersucht Gerfried Tschinkel. Dabei stellt er fest, dass „die bisherige kapitalistische Entwicklung an innere Schranken gestoßen ist, sodass

In dieser Ausgabe:

- 2 *Otto Bruckner*: Beharrlichkeit, Ernsthaftigkeit und langer Atem
 - 4 *Tibor Zenker*: Es liegt an uns!
 - 5 *Tibor Zenker/Helmuth Fellner*: Imperialismus, Faschismus und Krieg
 - 6 *Jannis M. Kalogeropoulos*: Asylrecht in Österreich, oder: Wie der lange Arm des US/EU-Imperialismus zuschlägt
 - 9 *Georgios Kolias*: Zur Frage der antimonopolistischen Strategie
 - 18 *Gerfried Tschinkel*: Regulierungskrise 2007ff.
-

Umwälzungen in Reproduktionsstruktur und Produktivkraftentwicklung, aber auch Anpassungen im bisherigen Regulierungsmechanismus erforderlich werden. Dabei bleibt es aber bei der Regulierung und Umverteilung im Interesse der großen finanzkapitalistischen Monopole. (...) Generelle Umbrüche in Reproduktionsstruktur und Produktivkraftentwicklung haben noch nicht stattgefunden, oder zeichnen sich zumindest nur allmählich ab, was auch für die besondere Tiefe der aktuellen Krise spricht.“

Georgios Kolias setzt die Debatte zur „antimonopolistischen Demokratie“ fort. Nach seinem Dafürhalten ist „die einzige wirklich konsequente und wirksame antimonopolistische Strategie, nicht die

Losung einer Etappe, einer parlamentarischen Mehrheit, sondern die der Arbeiter- und Volksmacht.“

Es zeigt sich auch wieder an dieser Ausgabe unserer Theorie- und Diskussionszeitschrift: Die Programmdebatte schreitet voran. Dennoch wird zum jetzigen Parteitag noch kein Programm zur Abstimmung vorliegen. Das Problem besteht unter anderem darin, dass es an innerparteilicher Diskussion darüber mangelt. Hier soll E&W einen Beitrag leisten und die Debatte anregen. Eine Debatte, die höchste Priorität hat und zu Ergebnissen kommen muss, wollen wir uns sichtbar machen und stärker werden, in die Verhältnisse entscheidend eingreifen, um letztlich den Kapitalismus zu überwinden. Dafür liegt

aber bereits ein Aktionsprogramm vor, das Gegenstand der Diskussion ist und sein wird. Der kommende Parteitag wird zeigen, ob wir in der Lage sind, unser aller gemeinsames Interesse dahingehend zu bündeln, organisatorische Herausforderungen zu bewältigen, lähmende Erscheinungen zu überwinden, aber mitunter auch unzureichende politische und ideologische Vorstellungen. Erst mit einem gemeinsamen Programm wird auch unsere politische Arbeit auf eine neue Grundlage gestellt. Arbeiten wir daran, es gibt noch viel zu tun.

Gerfried Tschinkel für die Redaktion.

Beharrlichkeit, Ernsthaftigkeit und langer Atem

Die Partei der Arbeit Österreichs hält am 16. Jänner ihren 2. Parteitag ab. Einige Überlegungen im Vorfeld von Otto Bruckner, Bundesparteivorsitzender der PdA.

Die Gründung der PdA im Oktober 2013 erfolgte unter der Prämisse, dass die Partei in ihrer Struktur und ihren Gliederungen erst noch aufgebaut werden muss. Es waren zwar durch den de facto Übergang der Kommunistischen Initiative (KI) in die PdA sowie durch erfahrene GenossenInnen aus KSV und KJÖ Strukturen und Kader vorhanden, die diesen Parteaufbau ermöglichten, gleichzeitig ist jedoch festzuhalten, dass sehr viel auf einigen wenigen Schultern lastet. Viele Kaderspieler etwa im Jugendverband oder bei KOMintern eine tragende Rolle, sind aber gleichzeitig für den Parteaufbau unverzichtbar. „Es versteht sich von selbst, dass eine neue revolutionäre Partei der Arbeiterklasse nicht per Deklaration zu einer solchen wird, sondern dass sie sich durch konsequente Arbeit in und mit der Klasse, durch aufrichtige Teilnahme an ihren Kämpfen, durch ehrliche Interaktion mit den Massen entwickeln wird und muss“ heißt es in der Gründungs- und Grundsatzerklärung.

Gegenwärtige Rahmenbedingungen

Die Lage der ArbeiterInnenklasse in Österreich ist geprägt von anhaltend hoher Arbeitslosigkeit (nach der nationalen

Berechnungsmethode – hier wird die Arbeitslosenquote an der Zahl der Lohnabhängigen gemessen – ist jede/r Zehnte arbeitslos). Die am stärksten betroffenen Branchen sind die ohnehin schlecht bezahlten und von hoher Fluktuation gekennzeichneten Bereiche Handel, Tourismus und Leiharbeit. In einem der reichsten Länder der Welt, wie es Österreich nun einmal ist, haben wir seit den 1990er Jahren Reallohn- und damit auch Kaufkraftverluste der Lohnabhängigen zu verzeichnen. Die Gewerkschaften mit ihrer defensiv angelegten Rolle als „Sozialpartner“ des Kapitals rühmen sich zwar immer, „noch Schlimmeres“ verhindert zu haben, es ist jedoch von einer Erosion des Normalarbeitsverhältnisses und von einer Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse in großem Ausmaß zu sprechen. Waren die 1970er und 1980er – Jahre noch vom Paradigma der Nachkriegsordnung geprägt, dass Wirtschaftswachstum auch Wohlstandszuwachs für die Werktätigen bedeutete (obschon natürlich auch damals die Löhne nicht in dem Ausmaß stiegen, wie die Gewinne), ist ab den 1990ern eine permanente Verunsicherung, ob denn das Erreichte auch erhalten werden kann, zum vorherrschenden Thema in Werkstätten, auf Baustellen und Büros geworden. Zudem ist die Gefahr, von abgesicherten Verhältnissen sehr rasch in ungesicherte abzurutschen, rasant gestiegen, auch für selbsternannte „Mittelschichten“, also den etwas besser verdienenden Angestellten und Spitzenfacharbeitern.

Eines der Ziele des ersten Parteitages der PdA, nämlich gemeinsam die klas-

senkämpferische Kraft KOMintern zu stärken, ist durchaus gelungen. Bei den AK-Wahlen 2014 konnte KOMintern das Mandat in Wien mit Stimmengewinnen verteidigen und ein weiteres in Niederösterreich gewinnen. In Tirol wurde der Einzug in die AK-Vollversammlung nur knapp verpasst. Das geschafft zu haben – nämlich die Bastion des Widerstandes in der „sozialpartnerschaftlich“ verseuchten AK zu stärken – ist zweifellos einer der wichtigsten Meilensteine zwischen dem Gründungs- und dem 2. Parteitag der PdA. Sieben bis acht Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise stolpern in Österreich vor allem Handelskonzerne wie Baumax und Zielpunkt über die zunehmende Verdrängungskonkurrenz und Konzentration, die Monopolisierung im Bankensektor geht weiter, und insgesamt hat es das Kapital geschafft, die Krisenlasten auf die Werktätigen abzuwälzen. Dass es sich bei der EU um keine Sozialunion, sondern um einen Machtapparat zur brutalen Durchsetzung der europäischen Konzerninteressen handelt, wurde gerade am Beispiel Griechenlands deutlich: Syriza, als Hoffnungsträger der „Zivilgesellschaft“ angetreten, ist heute nichts anderes, als das sie von der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) von Anfang an beschrieben wurde: Eine neue und weitere Herrschaftsalternative des Kapitals, nachdem sich die alten Eliten verbraucht und diskreditiert hatten. Hätte die KKE die „Ratschläge“ jener, die sie als „Sektierer“ abstempelten, angenommen, und wäre in die erste Syriza-Regierung gegangen, die Partei wäre heute mit Sicherheit politisch tot.

Die Zünder und ihre Mentoren und Rüstungslieferanten

Die Hauptländer der EU wie BRD und Frankreich, die als Rüstungslieferanten und Zünder aktiv an der Zerstörung der staatlichen Einheit und Souveränität Libyens, Syriens, und des Irak mitgewirkt haben, die an der Seite der USA das Desaster in Afghanistan mit zu verantworten haben, und die mit ihrer Balkanpolitik die neuen Armenhäuser Europas wie Albanien, Mazedonien, Bulgarien, Serbien und den Kosovo erst in dieser Form geschaffen haben, sind mitverantwortlich für das millionenfache menschliche Elend, das sich in Form großer Fluchtbewegungen vor Terror, Zerstörung und Krieg über das Mittelmeer nach Europa bewegt. Sie sind es auch, die Israel in seiner Apartheidpolitik gegenüber den Palästinensern gewähren lassen, und sie sind es auch, die gemeinsam mit den USA einen pseudo-religiösen Steinzeitfundamentalismus in Stellung gegen antiimperialistische oder fortschrittliche Politik gebracht haben. Das türkische Regime wird als „Partner“ behandelt, so lange es sich bereit erklärt, an der Abriegelung der Fluchtwege nach Europa mitzuwirken, da stört es auch nicht, dass die türkischen Eliten und ihre Regierung einen Krieg gegen das eigene Volk führen und die IS-Terroristen von türkischer Seite wohlwollend behandelt werden.

Freilich ist auch Russland heute ein Faktor im Streit der imperialistischen Mächte um Einflussphären und Rohstoffe, jedoch ist Russland auch ein Störfaktor im Streben der USA und ihrer europäischen Vasallen nach einer unipolaren Welt.

Politisch gehen große Teile Europas in eine reaktionäre Richtung. Herrscht in der Ukraine eine giftige Mischung aus skrupellosen Oligarchen und faschistischem Mob, so macht sich in Polen gerade die katholische Reaktion breit, während Ungarns Regierung die Phantomschmerzen von 1918 beklagt, und praktisch an alle Nachbarn Gebietsansprüche stellt. Rund um Österreich gibt es Länder, in denen kommunistische Symbole verboten sind und in denen ihre Verwendung unter Strafe steht. Wiederholt wurden und werden Versuche unternommen, ein revanchistisches Geschichtsverständnis zur europäischen Doktrin zu machen, das den Faschismus, und seinen Bezwingen, den Sozialismus, auf eine Stufe stellt.

Dem 2. Parteitag wird ein Entwurf für ein Aktionsprogramm der PdA vorliegen, das umreißen soll, welche unmittelbaren und mittelbaren Überlegungen wir für eine Politik im Interesse der Werktätigen haben. Dabei geht es darum, möglichst viele Menschen, nicht nur aus der ArbeiterInnenklasse, sondern auch aus den Zwischenschichten wie Landwirte, kleine

Selbständige, Intellektuelle als – wenn auch oft nur punktuelle – Verbündete für einzelne Ziele zu gewinnen. Wie schon in der Gründungs- und Grundsatzklärung dargelegt, ist unser strategisches Ziel, möglichst viele, die objektiv in Widerspruch zum Monopolkapital stehen, auch subjektiv in Bewegung gegen diesen mächtigen Feind zu bringen, der heute alles beherrscht: Eine Regierung, die sich über weite Strecken nur mehr als Verwalter eines immer schlechter funktionierenden Staatsapparats versteht, und weitgehend frei von Ambitionen ist, ein Parlament, in dem es kaum noch eine wirkliche Opposition gibt, eine Medienlandschaft, die von einigen wenigen großen Konzernen dominiert ist und in wichtigen Themen auch entsprechend auf „Linie“. Die Buntheit mancher Blätter sollte nicht mit Vielfalt verwechselt, die gestelzte Schreibweise nicht mit Intellekt verwechselt werden.

Worin die größte Aufgabe besteht..

Viele wünschen sich einen politischen Wechsel. Meist bleibt es aber beim Wünschen. In politisch zugespitzten Zeiten, wie es zum Beispiel der Wahlkampf in der Bundeshauptstadt Wien im Jahr 2015 war, wird dann von vielen, die sich eine neue sozialistische Alternative wünschen, wieder ganz pragmatisch SPÖ oder Grün gewählt. Aus Angst und Panik vor der FPÖ. Dabei ist der Postenschacher und die Ignoranz gegenüber den wirklichen Problemen der Werktätigen, wie sie Rosa-Grün in Wien zeigen, die beste Garantie für ein weiteres Erstarren der rechten Demagogen.

Es wird also, und auch das haben wir bereits am Gründungsparteitag festgestellt, notwendig sein, Beharrlichkeit, Ernsthaftigkeit und langen Atem an den Tag zu legen. Es wird wohl so sein, dass immer wieder Kräfte auftauchen werden, die uns erzählen, sie hätten nun den ultimativ neuen, den erfolversprechenden Weg zum Aufbau einer neuen linken Massenbewegung gefunden. Wir können und müssen ihnen zuhören, werden sie da und dort auch als Verbündete auf einem Stück des Weges begleiten, jedoch müssen wir in aller Klarheit sagen: Wir setzen auf die Kraft und die Stärke einer politisch aufgeklärten und gebildeten ArbeiterInnenenschaft, unser Ziel ist es, dass aus der Klasse an sich die Klasse für sich wird. Anders wird sich nichts ändern. Das ist auch der wichtigste Grund, warum wir diese Partei gegründet haben, und warum sie so heißt: Partei der Arbeit.

Daraus ist abzuleiten, worin die größte Aufgabe besteht: In kleinen Schritten wiederum eine bewusste ArbeiterInnenenschaft herausbilden, und ihnen dafür ihre eigene Klassenpartei zu schaffen, nicht

nur für sie, sondern mit ihnen. Zunächst heißt das: Das Geschäftsmodell Kapitalismus, dessen eherner Grundsatz darin besteht, die Bedingungen der Profitmaximierung für die großen Konzerne und Finanzinstitute zu verbessern, und alle Lasten, die aus staatlichen oder sozialen Pflichten resultieren, auf die breite Masse abzuwälzen, bei allen sich bietenden Gelegenheiten in all seiner Banalität und Brutalität zu entlarven. Geduldig daran zu arbeiten, dass sich mehr und mehr Menschen selbst überlegen, was geändert werden muss. Und schließlich: Gegenplattformen aufbauen, mit eigenen Medien, mit eigenen Veranstaltungen, mit einer eigenen Kultur. Mit unserer eigenen Gewerkschaftsplattform KOMintern, an den Schulen und Hochschulen mit den kommunistischen Jugendorganisationen KJÖ und KSV gemeinsam. Wir müssen – vor allem in den städtischen Ballungsräumen – unsere Arbeit als multiethnische Kraft, die das Miteinander der unteren Schichten, den Klassenzusammenhalt der Werktätigen der rassistischen Hetze entgegenstellt, in den Vordergrund stellen.

Die Aufgaben, die sich Revolutionären heute stellen, sind so groß, dass man daran verzweifeln und zerbrechen könnte. Darum ist es wichtig, sich Teilziele zu stecken, die Aufgaben in Schritte zu zerlegen, und doch das große Ganze nicht aus den Augen zu verlieren. Wir wollen den Staat, der von der Köchin regiert werden kann, wie Lenin sagte. Es wird dem 2. Parteitag der PdA obliegen, weitere Schritte zu beschließen, die uns helfen, weiterzukommen. International ist die PdA ein Teil dessen, was früher die „weltrevolutionären Kräfte“ genannt wurde: Unsere Verbündeten sind die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in allen Teilen der Welt ebenso wie alle klassenkämpferischen Kräfte und die Länder, in denen die Konzerne entmachtet wurden, allen voran das sozialistische Kuba. Wir sehen uns als deren Gründungsmitglied als aktiver Teil der europäischen Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien, und die PdA ist seit kurzem Teilnehmerin der weltweiten Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien und deren Plattform „SolidNet“.

Von Otto Bruckner.

Es liegt an uns!

Von den Wiener Wahlen zum 2. Parteitag und darüber hinaus...

Eine der wichtigsten und umfassendsten Aktivitäten der PdA in den letzten Monaten war ihre Beteiligung an den Wiener Wahlen im Oktober 2015. Die Liste „PdA – Solidaritätsplattform“ ist in sechs Gemeindebezirken zur Bezirksvertretungswahl angetreten und hat dabei in Summe 441 Stimmen erreicht, in Prozentanteilen zwischen 0,10% und 0,18%. Man hätte sich bessere Ergebnisse wünschen können, doch schlussendlich entspricht dies eben den objektiven und subjektiven Möglichkeiten.

Wieder war – wie schon bei den vorherigen Wiener Wahlen – die SPÖ bemüht, sich als das kleinere Übel gegenüber der FPÖ zu inszenieren. Offenkundig findet sie selbst keine anderen Argumente mehr dafür, warum man der Sozialdemokratie noch eine Stimme geben sollte. Und so wurden die deutlichen Verluste der SPÖ erst wieder als Erfolg ge- und verkauft: Die rot-grüne Mehrheit steht, Häupl bleibt Bürgermeister. Die eintretende Selbstzufriedenheit der SPÖ ist allerdings die beste Garantie, dass es bei den Wahlen 2020 eine relative Mehrheit für die FPÖ geben könnte. Es gibt keine Anzeichen für ein entsprechendes selbstkritisches Bewusstsein in der SPÖ, wo es die Möglichkeit gäbe, mit den nötigen Maßnahmen gegenzusteuern. Dafür wird man dann aber das nächste „Duell um Wien“ ausrufen dürfen – und müssen.

Vor diesem Hintergrund war es auch 2015 schwierig, als radikale Alternative Fuß zu fassen – auch wenn wir dies bestimmt nicht vorrangig anhand von Wahlergebnissen zu bemessen haben. Viele Menschen haben – man muss fast sagen: gegen die eigene Überzeugung – abermals die SPÖ und die Grünen gewählt, um damit gegen die FPÖ zu votieren. Eine Alternative wie die PdA, deren Einfluss in jedem Fall gering bleiben würde, fällt da schnell unter den Tisch. Insofern sind jene 441 Stimmen für die PdA-Solidaritätsliste durchaus als sehr bewusste Stimmen für Klassenkampf, Arbeiterpolitik, Antiimperialismus und Antikapitalismus zu werten.

Nicht minder wichtig waren aber die eigenen Schwächen der PdA. Nachdem ursprünglich Kandidaturen in drei Bezirken angestrebt wurden, ergaben sich schlussendlich solche in gleich sechs Bezirken. Das ist ein Wert und ein Erfolg für sich, denn es bedeutet, dass die PdA für 500.000

Menschen am Stimmzettel stand. In diesen sechs Bezirken wurden über 300.000 Materialien an den Mann und die Frau gebracht – das ist eine beachtliche Zahl, die dem Einsatz vieler AktivistInnen zu verdanken ist, zeigt aber dennoch, dass wir natürlich nicht die personellen, materiellen, finanziellen Ressourcen hatten, um tatsächlich in allen sechs Bezirken im wünschenswerten und notwendigen Ausmaß Wahlkampf zu betreiben. Damit verbunden ist die Tatsache, dass viele Menschen im Zuge des Wahlkampfes erstmals mit der PdA in Kontakt kamen oder überhaupt von ihr gehört haben. Das ist gut. Aber besser wäre es gewesen, es wäre bereits in den eineinhalb Jahren vor den Wahlen gelungen, in einzelnen Regionen Wiens für eine grundlegende Bekanntheit der PdA gesorgt zu haben, auf der sodann aufzubauen wäre. Nun ist es gewissermaßen umgekehrt gelaufen: Wir haben als PdA an Bekanntheit gewonnen und Kontakte geknüpft – was ja auch das eigentlich „Wahlziel“ war –, worauf nun in den kommenden Monaten und Jahren aufzubauen ist. Dies verlangt kontinuierliche und beharrliche Arbeit der Grundorganisationen und der Leitungen. Die bemerkenswerte Wahlkampfaktivität darf kein Strohfeuer sein.

Ein positives Ergebnis des Wahlkampfes war die enge Zusammenarbeit mit den türkisch-kurdischen Organisationen, die z.T. bereits in der Gewerkschaftsorganisation KOMintern aktiv sind und nun gemeinsam mit der PdA die Liste „PdA – Solidaritätsplattform“ gebildet haben. Trotz gewisser Probleme, die hier und dort auftauchten, war diese Zusammenarbeit ein Gewinn für unsere Aktivitäten und wird, so ist zu hoffen, auch für die Zukunft etwas sein, was die klassenkämpferischen, klassenorientierten Kräfte in Wien und darüber hinaus nicht nur befruchtet, sondern ihnen sogar Identität und zusätzliches Potenzial gibt. Auch die KJÖ war in erfreulicher Weise aktiv im Wiener Wahlkampf, womit sich abermals gezeigt hat, dass der marxistisch-leninistische Nachwuchs in Wien nicht nur existiert, sondern sich engagiert, kreativ und v.a. in relevanter Zahl einbringt. Freilich, die allgemeine Schwäche der ML-Kräfte in Österreich betrifft in mancher Hinsicht auch die Jugendorganisationen KJÖ und KSV, doch sind unzulässige Vergleiche mit vergangenen Jahrzehnten nutzlos. Wir müssen hier und jetzt mit den gegebenen Möglichkeiten arbeiten und uns selbst Verbesserungen in jeder Hinsicht erarbeiten.

Dies betrifft natürlich v.a. die PdA selbst.

Seit dem Gründungsparteitag am 12. Oktober 2013 wurde vieles erreicht, was uns niemand zugetraut hätte. Doch blieb einiges unerreicht, was sich manche erhofft hatten. Man muss realistisch bleiben – 1920 schrieb Lenin über (und an) die damalige KPÖ: „In Österreich hat der Kommunismus eine sehr schwere Zeit durchgemacht, die anscheinend noch nicht ganz überwunden ist: Wachstumskrankheiten, die Illusion, dass eine Gruppe, die sich zum Kommunismus bekennt, ohne ernstlichen Kampf um den Einfluss unter den Massen zu einer Macht werden könne, Fehlgriffe in der Wahl der Personen“ (LW 30, S. 350). – Das gilt übertragen auch heute. Zweifellos war die Schaffung der PdA ein immenser Schritt vorwärts. Und es ist in der Tat immer noch das Wichtigste an der PdA, dass sie existiert, dass es endlich wieder eine marxistisch-leninistische Partei in Österreich gibt. Aber alle weiteren Aufgaben, um dies auch auszufüllen, stehen noch vor uns – und waren selbstverständlich auch nicht binnen zwei Jahren zu bewältigen. Es war und ist eine Illusion, derartiges zu glauben.

Die PdA wird um ihre Position weiterhin zu kämpfen haben. Deklarationen und kluge Stellungnahmen reichen da natürlich nicht aus. Der Findungs- und Aufbauprozess, in dem sich die Partei nach wie vor bewegt, hat eben erst begonnen. Dabei wurden auch Fehler gemacht und Irrtümer begangen. Unsere personellen Ressourcen sind immer noch begrenzt – in der Breite wie in der Qualität. Es werden aber keine Massen an neuen Mitgliedern einfach vom Himmel fallen – und schon gar nicht „fertige“ Marxisten-Leninisten und -innen. Es stehen daher mehrere wichtige Aufgaben vor der PdA.

Im Inneren muss die PdA sich festigen. Ihre Leitungen müssen mehr Verantwortung übernehmen, ihre Grundorganisationen müssen mehr Aktivitäten entfalten. Ihre Schulungsarbeit muss besser funktionieren. Die Programmdiskussion muss in Form und Inhalt optimiert werden. Die Mediennutzung muss ausgebaut werden, die Aktivitäten müssen regelmäßiger, gezielter und verlässlicher umgesetzt werden. Nur wenn dies – und ein paar weitere Dinge – gelingt, wird sich auch eine entsprechende Außenwirkung ergeben, die wiederum quantitatives und qualitatives Wachstum zulässt.

Man darf aber auch nicht übersehen, welche positiven Ansätze bereits geschaffen wurden. Die PdA hat in den letzten beiden Jahren eine relevante Zahl neuer Mitglieder gewonnen und ihre regionale Verankerung teilweise verbessert. Die PdA ist über ihre maßgebliche Beteiligung an der KOMintern bei betrieblichen, gewerkschaftlichen und Arbeitskämpfen durch-

aus präsent (im Rahmen der Möglichkeiten, ist immer hinzuzudenken). Bei den AK-Wahlen wurden neue Kandidaturen geschaffen, deutlich Stimmen gewonnen und zwei Mandate erreicht. Die PdA hat ein eigenes Theorieorgan initiiert und beteiligt sich über Österreich hinaus an der marxistisch-leninistischen Theoriearbeit und ihrer Diskussion. In der Bündnispolitik war und ist die PdA im Bereich Antifaschismus, Antirassismus und Flüchtlings-solidarität, im Bereich Antiimperialismus und Frieden ein gewisser Faktor, der von anderen Organisationen und Personen geschätzt wird. Die PdA hat selbst große und wichtige Aktivitäten und Veranstaltungen angestoßen, die inzwischen Fixpunkte sind, darunter nicht zuletzt die jährliche große Bündnisdemo am 1. Mai in Wien. Auch in den internationalen Beziehungen ist die PdA vorangekommen, davon zeugt

– exemplarisch – ihre kürzliche Aufnahme in den Teilnehmerkreis der Internationalen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt.

Wir haben drei Bereiche vor uns, die gemeinsam – und nicht einzeln und nicht gegeneinander abwägend – in den kommenden Monaten und Jahren zu bearbeiten sein werden: 1. die organisatorische, strukturelle, personelle und inhaltliche Stärkung der Partei nach innen und außen als Voraussetzung jeder weiteren Wirksamkeit; 2. der weitere Ausbau der gewerkschaftlichen Tätigkeit mittels der KOMintern, mit dem Ziel der Schaffung kämpferischer Gewerkschaften; 3. die antimonopolistische Bündnisarbeit für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, um eine wirkliche Volksbewegung zu etablieren.

Der 2. Parteitag wird diesbezüglich zu beraten und einige Entscheidungen zu treffen haben. Die tatsächliche Aktivität basiert jedoch auf den Fähigkeiten der Leitungen und der Mitglieder, auf der Einsatzbereitschaft funktionierender Grundorganisationen, auf dem Bewusstsein und der Zielsicherheit der handelnden Personen und Kollektive. Hier wird man in absehbarer Zeit ein paar Schritte weiterkommen müssen auf dem Weg zur wirklichen revolutionären Kampfpartei der österreichischen Arbeiterklasse, die sich diese Charakteristika nicht einfach zuschreiben kann, sondern sie ausfüllen muss. Das mag alles schwierig und mit Mühen verbunden sein, doch es ist unerlässlich und definitiv machbar. Es liegt an uns.

Von Tibor Zenker.

Imperialismus, Faschismus und Krieg

Beitrag der Partei der Arbeit Österreichs (PdA) zur 37. Prager Theoretisch-politischen Konferenz der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSČM), „Zu den antikomunistischen Verfälschungen über die Gründe, den Verlauf und die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges; zur Gefahr eines neuen Aufstiegs des Faschismus“, Prag, 18. April 2015

1. Der Zweite Weltkrieg war ein Ergebnis der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen Mächte, die sich bereits im Ersten Weltkrieg entladen hatte. Deutschland, Italien und Japan strebten danach, gegenüber Großbritannien, Frankreich und den USA eine Neuaufteilung der Welt herbeizuführen. Eine solche Neuaufteilung ist im Imperialismus nur auf dem Wege der Gewalt möglich. Der direkte militärische Großmachtkonflikt entsprang daher unmittelbar den Gesetzmäßigkeiten des imperialistischen Systems, in dem das Monopolkapital um Einflussgebiete, Rohstoffe, Marktanteile, Investitionsmöglichkeiten und billige Arbeitskräfte konkurriert.

2. Der Hauptimpuls für den Krieg ging von Deutschland aus, dessen Ziel es war, über die Vorherrschaft in Europa auch zur Welt- und großen Kolonialmacht zu werden. Als erste Schritte wurden noch vor Kriegsbeginn Österreich okkupiert und annektiert sowie die Tschechoslowakei zerschlagen. Der Versuch Großbritanniens und Frankreichs, Deutschland mit diesen Zugeständnissen zufriedenzustellen, war zwingend zum Scheitern verurteilt.

3. Eine Besonderheit dieses imperialistischen Krieges bestand darin, dass Deutschland und seine Verbündeten als faschistische Staaten organisiert waren. Der Faschismus als Herrschaftsform ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten und am meisten imperialistischen Teile des Monopol- und Finanzkapitals. Die Durchsetzung des Faschismus war daher ein logischer Programmpunkt der deutschen Konzerne und Banken, um umfassend in die Offensive zu gehen. Im Inneren Deutschlands war die Ausschaltung der Kommunistischen Partei, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie Voraussetzung, um Aufrüstung, Militarisierung und Kriegsvorbereitung ungehindert voranzutreiben. Der Faschismus war (und ist) in diesem Sinne die Optimalform staatsmonopolistisch-kapitalistischer Organisierung.

4. Von vornherein hatte der Faschismus – als Speerspitze des Imperialismus – aber auch eine weitere, eine internationale Aufgabe und Zielsetzung: Die Vernichtung der UdSSR als staatspolitische Realität der revolutionären Macht der Arbeiterklasse. Dieses Interesse teilte der deutsche Faschismus durchaus mit seinen imperialistischen Konkurrenten Großbritannien, Frankreich und den USA – sie alle waren Todfeinde des Sozialismus. Erst der Kriegsverlauf zwang die Westalliierten schließlich dazu, mit der UdSSR die Anti-Hitler-Koalition einzugehen.

5. Die Kommunisten waren die entschiedensten Gegner des Krieges und des Faschismus. Einerseits trug die Rote

Armee der Sowjetunion international die Hauptlast bei der Befreiung Europas vom Faschismus, andererseits bildeten in den meisten Ländern Kommunisten die Hauptsäulen des Widerstandes. Auch in Österreich ist es vor allem ein Verdienst der Mitglieder der damaligen Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes, den antifaschistischen Widerstand und den nationalen Freiheitskampf mit aller Kraft geführt zu haben.

6. Die Überlegenheit der UdSSR gegenüber Deutschland war hauptentscheidend für den Sieg des antifaschistischen Lagers. In den Jahren vor Kriegsbeginn gelang es der Führung der UdSSR, mittels forcierter sozialistischer Industrialisierung, mittels strategischer Platzierung kriegsrelevanter Betriebe sowie mittels eines sozialistischen Bildungssystems das Land und die Bevölkerung rechtzeitig auf den Widerstandskampf vorzubereiten. So schaffte es die Rote Armee – im Verbund mit Partisaneneinheiten und der Zivilbevölkerung – nicht nur, die faschistischen Aggressoren wieder aus dem eigenen Land zu vertreiben, sondern sie bis nach Berlin zu verfolgen und vernichtend zu schlagen.

7. In einigen Ländern Mittel- und Osteuropas ging die Befreiung vom Faschismus zu revolutionären Umwälzungen über, die durch die Anwesenheit der Roten Armee natürlich begünstigt waren. Es wurden volksdemokratische und sozialistische Staaten geschaffen, die sich dem Kapitalismus und Imperialismus für die folgenden Jahrzehnte entziehen konnten. Die Westalliierten änderten daher nach Kriegs-

ende bald ihre Position: Der Antikommunismus wurde wieder zum Hauptanliegen, während man sich mit dem Faschismus aussöhnte. Westdeutschland wurde wieder aufgerüstet und mit der NATO ein kollektives Instrument des nordamerikanischen und westeuropäischen Imperialismus im Kampf gegen den Sozialismus gegründet. Der Sozialismus wurde auch ideologisch bekämpft und in dreister Weise mit dem Faschismus gleichgesetzt. Das Ziel der Zerstörung der sozialistischen Staaten war mit 1989/90 erfolgreich, wofür aber auch innere Probleme mitverantwortlich waren. In einer Reihe ehemals sozialistischer Staaten wurden seither antikommunistische Gesetze erlassen, die der Verfälschung der historischen Wahrheit sowie der Illegalisierung und Kriminalisierung kommunistischer und sozialistischer Organisationen, Symbole und Aktivitäten dienen.

8. Die Epoche des Faschismus war aber weder 1945 noch 1989/90 vorbei. Gegenwärtig befinden sich faschistische Kräfte in der Ukraine in der Regierung, in Griechenland im nationalen Parlament und in Deutschland in Regionalparlamenten. Doch die erneute Gefahr des Faschismus besteht nicht nur „von unten“ durch den möglichen Aufstieg faschistischer Parteien und Organisationen, sondern auch – und vielleicht sogar in stärkerem Ausmaß – „von oben“: Durch eine schleichende Faschisierung des Staatsapparates durch

an der Macht befindliche bürgerliche Parteien, durch einen Staatsstreich konservativ-reaktionärer Kräfte im Bündnis mit dem Militär, durch die Installation eines faschistischen Regimes in abhängigen Ländern durch die imperialistischen Hauptmächte.

9. Von der durch den US- und EU-Imperialismus in Kiew an die Macht gehieften, von faschistischen Kräften mitgetragenen ukrainischen Regierung werden nicht nur die alten Nazikollaborateure wieder als „Helden“ verehrt und faschistische Horden gegen die Bevölkerung der Volksrepubliken von Lugansk und Donezk eingesetzt, sondern diese versucht auch, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umzudeuten: Die Rote Armee sei der eigentliche Aggressor gewesen, der sowohl die Ukraine als auch Deutschland überfallen und besetzt habe. Der so genannte „demokratische“ Westen reagiert mit Schweigen. Ähnlich ist sein Verhalten gegenüber den jährlichen Aufmärschen von ehemaligen lettischen SS-Angehörigen und ihrer Anhänger in Riga.

10. Die Zeit imperialistischer Kriege und Großmachtkonflikte ist ebenso keinesfalls vorbei. Gegenwärtig erleben wir, wie seitens der USA, der EU und der NATO die Konfrontation mit Russland in Richtung Krieg vorangetrieben wird. Auch in Ostasien bzw. im pazifischen Raum befinden sich die USA und Japan nicht nur in einem

deutlichen Gegensatz zur Volksrepublik China, sondern sie versuchen, sie regelrecht einzukreisen und die eigenen Positionen für den Kriegsfall zu verbessern.

11. Zu guter Letzt gibt es aber auch Widersprüche innerhalb des „westlichen“ Imperialismus: Über kurz oder lang liegt es im Interesse Deutschlands, mit Hilfe des Vehikels EU die Hegemonialposition der USA in Frage zu stellen und selbst abermals zu versuchen, zur Weltmacht aufzusteigen. Auch diese Konflikte werden eines Tages militärische, kriegerische Formen annehmen, wenn nicht zuvor der Imperialismus als System überwunden wird. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg mahnt in aller Deutlichkeit diese globale Notwendigkeit ein: 65 Millionen Tote, der Holocaust, der deutsche Vernichtungskrieg und der Einsatz von Atomwaffen lassen keine andere Position zu.

12. In diesem Sinne ist klar, dass nur der Sozialismus sowohl Krieg als auch den Faschismus nachhaltig bannen kann. Es liegt daher an den aufrechten kommunistischen und sozialistischen Kräften, die Arbeiterklasse und die Unterdrückten mit Klassenbewusstsein und revolutionären Ideen auszustatten, sie zu organisieren und dazu zu befähigen, den Kapitalismus mitsamt Imperialismus, Faschismus und Krieg für immer aus der Welt zu schaffen.

Von Helmuth Fellner und Tibor Zenker.

Asylrecht in Österreich, oder: Wie der lange Arm des US/EU-Imperialismus zuschlägt

Die Genfer Flüchtlingskonvention 1951 (GFK) ist ja nach wie vor die Grundlage jeder Entscheidung im Asylrecht, wird allerdings seit Jahren durch die im Innenministerium politisch Verantwortlichen bewusst ausgehöhlt.

Die klare Definition in der GFK, wonach Verfolgung aus rassistischen, ethnischen Gründen, wegen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder wegen politischer Ansichten sozusagen automatisch zur Asylerteilung führt, wird schon jahrelang im Sinne der Gesinnungsfreunde in den Strukturen des US und des EU Imperialismus durch das österreichische Innenministerium vor allem durch die folgenden Entscheidungsinstrumente unwirksam gemacht.

1. Das System der sicheren Drittländer

Wer also Staatsbürger aus einem EU Land, der Schweiz, Norwegen, Kanada, USA, ja auch der Balkanländer ist, also von mittlerweile weit über 40 Ländern mit steigender Tendenz, ist von vornherein kein Kandidat für eine positive Entscheidung. Und wenn jemand aus vorgenannten Ländern auch die besten Beweise für eine konkret gegen ihn gerichtete Verfolgung hätte, es gilt die gesetzliche Annahme, dass es sich bei diesen Ländern automatisch um Superrechtsstaaten handelt, und schon ist der Asylwerber draußen.

Bemerkenswert ist dieser Persilschein, der da ungeprüft erteilt wird, besonders bei Ländern, wie dem Kosovo oder Albanien

etwa, wo auch nach Meinung bürgerlich-liberaler Beobachter weitestgehend mafiose Strukturen den angeblich perfekten Rechtsstaat völlig unterminieren.

Weltweit wurde etwa das Beispiel des „Drogendorfes“ Lazarat in Albanien bekannt, das durch jahrelangen, intensiven Drogenhandel zu großem Reichtum gekommen war, mit eigenen Bürgerwehren, etc. Und der dort von den lokalen Bossen inszenierte, bewaffnete Widerstand gegen die Staatsmacht in Form des Militärs und der Polizei konnte erst nach tagelangen Kämpfen unter Einsatz tausender Soldaten und Polizisten niedergedrungen werden.

Warum nun Albanien mit seinen zuletzt auch von EU Verantwortlichen einge-

räumten archaischen Strukturen auf einmal ein Rechtsstaat par excellence sein soll, erklärt sich nun leicht dadurch, dass ja alle albanischen Regierungen sich gegenüber den frechen Forderungen von NATO/USA willfährig erwiesen haben und sich in die NATO geradezu hineingedrängt haben, wodurch ihre Bürger nun durch Benefizien, wie Visumsfreiheit, Bestätigung angeblich landesweit, rechtlicher Strukturen und in der Folge Kredite zu Sonderkonditionen, belohnt werden.

Ganz ähnlich verhält es sich auch betreffend den KOSOVO, dessen Bürger zwar nicht mit Visumsfreiheit in der EU belohnt werden, wo aber eine ähnliche Fiktion gilt, dass es für Kosovaren infolge dort gegebener, untadeliger rechtsstaatlicher Strukturen keinerlei für die Asylerteilung maßgebliche Gründe geben könnte.

Und dass im Jahre 2015 mehr als 50.000 Kosovaren Asylanträge in Deutschland und Österreich gestellt haben, dafür seien ausschließlich, laut Innenministerin Mikl Leitner, die bösen Schlepper, die die EU als Flüchtlingsparadies hinstellten, verantwortlich. Dass vielmehr die aussichtslose, wirtschaftliche Lage, die Massenarbeitslosigkeit, etc. der wahre Grund für die kosovarische Flüchtlingswelle war, kümmert Mikl Leitner nur insofern, da dies ohnehin kein Asylgrund sei.

Rechtlich gesehen verhält es sich freilich so, dass etwa auch die klare Gefährdung der Existenzgrundlage zumindest im Sinne der Erteilung des subsidiären Schutzes beachtlich wäre, zu deren Überprüfung die Asylbehörden auch gesetzlich verpflichtet sind, was sowohl Mikl Leitner, als auch diejenigen in der EU vergessen, die für die gewaltsame Abtrennung des Kosovo von Serbien und die Schaffung eines wirtschaftlich nicht lebensfähigen „Staates“, wie es der Kosovo ist, verantwortlich zeichnen.

2. Die Behördenreform vom 01.01.2014

Was da so großspurig als Superbehördenreform des Innenministeriums verkauft worden ist, also die Zusammenführung der bisherigen Asyl – mit den Fremdenbehörden, mit der erwarteten rechtlichen Entlastung der Asylbehörden, der Vereinfachung des Entscheidungsprozesses, Einsparung von Personal, etc, war nicht nur eine schlechte Kopie deutscher Verhältnisse, sondern hat bereits Anfang 2015 spektakulär Schiffbruch erlitten.

Also bereits vor der angeblich völlig unerwarteten Flüchtlingswelle zeichnete sich ab, dass die durchschnittliche Wartezeit für Asylwerber bis zum Erstinterview in der neugeschaffenen Behörde wohl kaum

weniger als ein Jahr beträgt, die bis zur endgültigen Entscheidung im Falle eines negativen Bescheides in erster Instanz bis zur Erledigung durch die Berufungsinstanz, das Bundesverwaltungsgericht, ca. drei Jahre betragen wird.

War nun das Innenministerium so blauäugig und hat es sich wirklich ausschließlich positive Aspekte, sowohl für die Behörde, aber auch Asylwerber, erhofft, besten Wissens und Gewissens?

Keineswegs, das Element des Scheiterns war durchaus bewusst bei dieser stümperhaften „Reform“ eingebaut, nämlich in dem Sinne, dass mehr Asylwerber als bisher im Falle des Scheiterns der „Reform“ endgültig den Hut draufhauen werden und in der Folge gezwungen sind, unfreiwillig Österreich zu verlassen.

3. Die Weisheiten der „Länderdokumentationsabteilung“

Zu unrecht trägt diese Abteilung der Asylnzentrale in Wien einen harmlosen Namen, weil ihr in Wirklichkeit eine wichtige Rolle in der Abwehr von Asylwerbern zukommt, indem sie die Entscheidungsgrundlagen für die Entscheidungen der Referenten in den neugeschaffenen Bundesämtern für Asyl- und Fremdenwesen (BFA) vorgibt.

Und diese Abteilung gibt natürlich keineswegs den Referenten auch nur halbwegs objektive und nachvollziehbare Informationen weiter, sondern übt sich vielmehr in schlechtester Tradition amihöriger Vasallen als „Bearbeiter“, Übernehmer und schließlich Überbringer ausschließlich EU/NATO/USA konformer Darstellungen der aktuellen politischen/wirtschaftlichen/sozialen Lage im jeweiligen Herkunftsland des Asylwerbers.

Doch der Chuzpe ist damit noch kein Ende, weil die Abteilung allen Ernstes behauptet, dass sie keine politischen Stellungnahmen (!) abgeben würde, zur Objektivität verpflichtet sei, ja lediglich Information sammle und weitergebe, es sei schließlich Sache der Referenten in den BFA, die Informationen zu beachten, oder auch nicht.

Eine glatte und unverschämte Lüge, weil auch das Asylgesetz die Referenten in den BFA's zur Beachtung und Einhaltung der „Schlussfolgerungen“ der Länderdokumentationsabteilung anhält.

4. Die Dublinverordnung

Die berüchtigte Dublinverordnung ist dafür verantwortlich, dass das Ersteintrittsland in der EU für die Erledigung des Asylantrages des Asylwerbers zuständig

ist. Und obwohl die Dublinverordnung längst als gescheitert zu bezeichnen ist, heuer ja ganz spektakulär sogar ausgesetzt worden ist, bedroht diese Verordnung weiterhin tausende Asylwerber.

Begonnen hat das Scheitern damit, dass im Haupteintrittsland 2015 für Asylwerber in die EU, nämlich Griechenland, seit Jahren asyl- und menschenrechtsfremde Zustände herrschten, die bereits 2007 von der KKE im griechischen Parlament und auch von einigen NGO's aufgezeigt worden sind.

Dennoch hat es vier Jahre (!) bis zu einer entsprechenden Entscheidung durch den Europäischen Gerichtshof gedauert, bis offiziell festgestellt wurde, dass die Dublinverordnung für Griechenland nicht anzuwenden sei, weil für Asylwerber dort kein faires Asylverfahren und keine menschenwürdige Unterbringung und Verpflegung garantiert seien.

Österreich war im übrigen im Lager der Hardliner, bis zuletzt wurden Flüchtlinge nach Griechenland zurückgeschickt, dies sehr zur Freude der Schlepper, die dann ihre bedauernswerten Opfer wieder um teures Geld nach Österreich und andere EU-Länder zurückgeschleppt haben.

5. Das System der psychiatrischen Befunde

Und weiter geht es im Fundus der Grausamkeiten für Asylwerber, denn wer nicht schon psychisch krank nach Österreich gekommen ist, wird dies eventuell durch die lange Dauer des Asylverfahrens und die dargestellten „Reformen“ die alles für Asylwerber noch viel schlechter machen.

Auf alle Fälle besteht die Gefahr, dass er hier in die richtige Gasse kommt, wo man ihm deutlich zeigt, dass sein Krank-Gewordensein überhaupt nicht erwünscht ist.

Wie das erfolgt, ganz einfach, etwa durch eine Ärztin in Traiskirchen, die seit ca. zwölf Jahren ausschließlich für die psychiatrische Begutachtung von Asylwerbern eingesetzt wird und selbst bei schwersten Depressionen bis hin zu erfolglosen Suizidversuchen jeweils lediglich harmlose Anpassungsstörungen diagnostiziert hat.

Aber auch in der zweiten Instanz, dem Bundesverwaltungsgericht, werden vorwiegend Gutachter eingesetzt, die sich weder durch besondere Freundlichkeit gegenüber Asylwerbern auszeichnen, allenfalls jedoch durch „elegantere“ Ausführungen und Formulierungen ihrer Diagnosen zum gleichen Ziel, wie die oben genannte Ärztin, kommen.

Das System, dass auch unabhängige Gut-

achter wohl primär die Interessen ihrer Auftraggeber beachten sollten, weil sie sonst wohl nicht sehr lange gutes Geld für ihre Gutachten bekommen, feiert hier sein fröhliches Unwesen, und auch hier natürlich zum Nachteil der Asylwerber.

6. Der EGMR und seine neoimperialen Entscheidungen

In dem, wie aufgezeigt, verhängnisvollen Asylwerberabwehrsystem leistet natürlich auch der sogenannte Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ganze Arbeit, wenn es darum geht, selbst schwerst kranke Asylwerber, deren Tod nur mehr eine Frage weniger Zeit ist, unbarmherzig in ihre Heimatländer abzuschieben.

Hierzu einige Beispiele, die die ganze Unmenschlichkeit dieser vorwiegend männlichen Richter belegen.

So wurde etwa im Falle der Beschwerdesache NDANGOYA betreffend eines Asylwerbers aus Tansania und einer laut ärztlichen Gutachten schon bald ausbrechenden AIDS-Krankheit entschieden, dass die Abschiebung zulässig wäre, weil es auch in Tansania Behandlungsmöglichkeiten gäbe (!).

Dass eine Behandlung gegen AIDS für den Asylwerber aus Tansania in seiner Heimat jedoch finanziell unerschwinglich ist, dies stört also die feinen Richter nicht die Spur.

Im Falle RAMADAN gegen die Niederlande konnte selbst eine psychotische Erkrankung nicht die Abschiebung des erkrankten Asylwerbers aus den Niederlande in seine Heimat verhindern, ähnlich im Falle HUKIC gegen Schweden, wo die unbarmherzigen Richter den am Down-Syndrom leidenden Asylwerber nach Bosnien-Herzegowina zurückschickten

Und die mehrfachen Selbstmordversuche im Falle KADIC gegen Deutschland, weiters mehrerer, von langjährigen Strafen, wenn nicht der Todesstrafe im Iran bedrohten IranerInnen, für den EGMR alles keine Gründe die bedauernswerten Opfer der Herren Richter nicht in die Heimat abzuschieben.

Der Überbau eines imperialistischen Systems, wie es die EU nun einmal darstellt, vollzieht eben die ideologischen Vorgabe ihrer Herrn, die da lautet, Flüchtlinge, die nach Europa aus den vom Imperialismus unterdrückten Ländern flüchten, hier mit allen nur verfügbaren Mitteln abzuwehren.

7. Die Massenflucht nach Europa und ihre Ursachen

Es war nun keineswegs die perverse Lust der Flüchtlinge, das eigene Leben der tödlichen Gefahr des Ertrinkens im Mittelmeer auszusetzen, wie es ein offensichtlich grenzdebiler FPÖ'ler behauptete, sondern vielmehr das Scheitern des Imperialismus im Irak und Syrien, das Wiedererstarken der Taliban in Afghanistan, etc.

Die naive Erwartung, die Regierung des Präsidenten Assad werde innerhalb kurzer Zeit fallen, wozu auch die militärische Hilfe des türkischen Regimes für die ISIS willkommen und erwünscht war, die Probleme zwischen Schiiten und Sunniten im Irak würden sich von selbst durch gegenseitiges Dezimieren lösen, ja, und nachdem die US/NATO-Imperialisten und ihre Soldaten Afghanistan verlassen hätten wäre die afghanische Armee stark genug, weitere Angriffe der Taliban abzuwehren, all diese Erwartungen/Illusionen sind nun kläglich gescheitert.

Die Notwendigkeit einer militärisch-strategischen Umgruppierung in den betroffenen und weiteren, sich als ähnlich problematisch erweisenden Ländern hat sich für den Imperialismus als vordringlich ergeben.

Für Syrer, Iraker, Afghanen, etc. bedeutet nun die Intensivierung der militärischen Auseinandersetzungen in ihren Ländern weiteres Elend, Schrecken und Perspektivlosigkeit, denen sie natürlich entfliehen wollen und müssen. Es ist nur zu logisch, dass die bedauernswerten Opfer der neuen Kreuzritter aus Europa und ihrer verbrecherischen Pläne im Nahen Osten in die Länder der Kreuzritter zurückdrängen, weil ihnen der Weg in das Land der den Ton angehenden Kreuzritter in den USA, ähnlich wie der zu den arabischen Helfershelfern am Golf, verunmöglicht ist.

8. Die „Performance“ der österreichischen Regierung

Der Sommer 2015 wird wohl in die Geschichtsbücher insofern eingehen, als die österreichische Regierung noch niemals ein derart klägliches Bild bei der Erledigung ihr zustehender, innergesetzlich als auch international gesetzlich verankerter Pflichten dargeboten hat.

Primär dafür verantwortlich ist natürlich Bundeskanzler Faymann, der erst sehr spät erkannte, dass ihn die heimtückischen Pläne des Koalitionspartners von der ÖVP in den Abgrund ziehen und in der Folge ein „flüchtlingskompatibleres“ Bild abgegeben hat, indem er sich in die Arme A. Merkels flüchtete.

Dabei bedarf das, was gerade Mikl Leitner im Schlepptau ihres „Erfinders“ Pröll, und anderer schwarzer Landesfürsten im Dunkeln getan hat, einer besonderen Untersuchung.

Mikl Leitner zeichnet durch bewusstes Zusammenwirken mit ihrem Personal, in Traiskirchen und anderswo, dafür verantwortlich, dass tausende, ja wohl mittlerweile zehntausende Flüchtlinge keine Unterkünfte bekommen haben, keine Verpflegung, ja auch der nötigsten medizinischen Betreuung entbehrten.

Das Problem besteht nun keineswegs darin, dass das angeblich so arme Österreich all diese Unterkünfte, Verpflegung und medizinische Betreuung nicht zur Verfügung hatte – beispielsweise hat das ROTE KREUZ bereits Anfang 2015 den Aufbau einer kompletten, mobilen Versorgungseinrichtung in Traiskirchen dem Innenministerium angeboten, was jedoch als offensichtlich nicht benötigt zurückgewiesen wurde – sondern darin, dass die offensichtlich von Visionen geplagte Mikl Leitner ihre Hauptaufgabe darin gesehen hat, gegenüber potentiellen, weiteren Flüchtlingen ein möglich unattraktives Bild abzugeben, damit ja nur nicht ein zusätzlicher Flüchtling vielleicht deshalb nach Österreich kommt, weil er hier eine menschenwürdige Behandlung bekommen könnte.

Mikl Leitners Denken reichte keineswegs so weit, zu erkennen, dass etwa die fehlende Willkommenskultur für Flüchtlinge in Österreich keineswegs jemanden, bei dem es um Leben oder Tod in seiner Heimat geht, daran hindern wird, nicht nach Österreich zu flüchten.

Um es klar auszudrücken :

Die bewusste, monatelange Verweigerung elementarer Hilfeleistung gegenüber Flüchtlingen in Österreich stellt sowohl nach österreichischen Gesetzen, als auch nach dutzenden, internationalen Verpflichtungen, die Österreich eingegangen ist, ein Delikt dar, für deren Ahndung Mikl Leitner ein ihr zustehender Ort reserviert werden sollte: Nämlich ein Platz in einem der zahlreichen, österreichischen Häfen.

9. Die Verpflichtung der Linken

Wer noch immer an sozialistisch-kommunistische Prinzipien glaubt, möge zunächst eines bedenken:

Bei der Solidarität mit Flüchtlingen handelt es sich keineswegs darum, dass nun frustrierte EuropäerInnen, ÖsterreicherInnen, die Möglichkeit zum Beweis haben, ein menschliches Bild gegen den herrschenden Mainstream abzugeben, der

Europa als einen Hort der Kultur und positiven Tradition hinstellt, damit aber die Verwicklung Europas in imperialistische Verbrechen abstreitet, die erst den Flüchtlingsstrom verursacht hat.

Solidarität mit Flüchtlingen heißt vielmehr Kampf gegen den EU/US-Imperialismus

hier in Europa auf Basis der Erkenntnis, dass Flüchtlinge Opfer des gleichen Imperialismus sind, der nun heuchlerisch eigene Opfer beklagt.

Mittlerweile gibt es auch mehrere anti-imperialistische Solidaritätskomitees mit Flüchtlingen in Traiskirchen, Salzburg,

etc. Interessierte GenossInnen mögen sich bei der Redaktion melden.

Von Jannis M. Kalogeropoulos,
Athen/Traiskirchen.

Zu Fragen der kommunistischen Strategie: für die antimonopolistische-antikapitalistische Ausrichtung unseres Kampfes

Einleitung

Dieser Artikel soll einen Beitrag in der Programmdiskussion unserer Partei über ihre Strategie ausmachen und sich konkreter mit der Frage der "antimonopolistischen Demokratie" auseinandersetzen. Der Artikel von Gen. Tibor Zenker "Zur antimonopolistischen Strategiediskussion" in der letzten Ausgabe der *Einheit und Widerspruch* (Heft 2, Februar 2015, 7-11)¹ wird zum Anlass und Bezugspunkt der folgenden Überlegungen genommen². Dennoch soll der Artikel keine unmittelbare Antwort auf Gen. Zenker darstellen. Es soll versucht werden das Thema allgemeiner anzugehen, indem sowohl eine Kritik des Konzepts als auch eine Schilderung einer anderen strategischen Herangehensweise unternommen wird. Es handelt sich um keinen systematischen Versuch einer Ausarbeitung einer Strategie. Dafür ist die kollektive Arbeit in der PdA notwendig, wenn in der Zukunft Einstimmigkeit bestehen soll.

Bevor wir aber zur eigentlichen Behandlung der Frage der antimonopolistischen Demokratie kommen, ist eine Klarstellung nötig, die sich auch direkt auf den Artikel von Gen. Zenker bezieht: es wird hier nicht darüber diskutiert, ob die "antimonopolistische Demokratie" oder konkret das KPÖ-Programm von 1982 revisionistisch oder opportunistisch sind. Es wird schon gar nicht darüber diskutiert, ob die KPÖ in 1982 oder die PdA heute revisionistisch sind. Wenn man die Sache anders präsentiert, besteht offensichtlich ein Missverständnis der ausgeübten Kritik. Diese Kritik geht nämlich unzweideutig ebenfalls davon aus, dass die PdA in der Tradition der KPÖ steht und hat demnach auch nichts mit der Kritik oder besser gesagt den Angriffen von "K-Gruppen" an die Kommunistische Bewegung gemeinsam. Der Versuch jede Kritik der her-

kömmlichen Strategie einfach als "linken Radikalismus, der den Maoismus und/oder Hoxhaismus mit dem einzig wahren Antirevisionismus identifizierte" (T.Z., 8)³ abzulehnen, offenbart eine sehr problematische Haltung gegenüber einer ernsthaften Diskussion, die sich heutzutage in der internationalen Kommunistischen Bewegung entwickelt und damit hochaktuell ist.

Es ist hier nicht der Ort, um über die Abweichungen dieser historischen oder gegenwärtigen Strömungen zu reden. Aber eines sei festzuhalten: dass die heutige Kritik an früheren Strategiekonzeptionen der österreichischen und internationalen Kommunistischen Bewegung innerhalb unserer Partei (aber auch in und von Parteien derselben Traditionslinie in anderen Ländern) erstens mit diesen Strömungen nichts zu tun hat und zweitens als eine *Selbstkritik* zu verstehen ist, also eine Kritik, die sich in derselben ehrenvollen, kämpferischen, revolutionären Tradition sieht, aber eben zugleich vollkommen legitim aus der Erfahrung Konsequenzen zu ziehen und von den Fehlern der Vergangenheit zu lernen versucht. Keiner der Teilnehmer an dieser Diskussion würde jemals zum Gedanken kommen die Sowjetunion als "sozialimperialistisch" oder die Internationale Kommunistische Bewegung, derer Teil auch die KPÖ war, als "revisionistisch" zu denunzieren, oder zu behaupten, dass die existierenden Fehler oder Probleme Grund dafür sein könnten, sowohl damals als auch heute nicht eindeutig und beständig auf der Seite des ersten sozialistischen Staates und der Kommunistischen Bewegung zu stehen.

Dennoch werde ich behaupten, dass es Fehler gab und gibt und dass diese Fehler schon die Wurzel von Abweichungen ausmachen könnten und können. Aber auch wenn es keine Fehler waren, sondern eben Versuche sich einer neuen Situation

anzupassen, was vollkommen legitim ist, so kann man heute behaupten, dass die Erfahrung, die man von der Anwendung früherer politischen Linien, mittlerweile groß genug ist und bewertet werden muss⁴. Genau wie Strategien, wie die hier besprochene, Produkt einer Auseinandersetzung mit theoretischen und praktischen Problemen waren, muss man heute wieder die Erfahrung aufarbeiten und die Daten analysieren⁵.

I. "Antimonopolistische Demokratie"

Worin besteht die "antimonopolistische Demokratie"? Hier möchte ich Gen. Zenkers Artikel heranziehen. Darin wird die "antimonopolistische Demokratie" deutlich als eine "Koalitionsregierung" dargestellt. Eine Koalitionsregierung durch die "parlamentarische Vertretung der Bewegung – Kommunisten, Sozialisten, etwaige radikaldemokratische, antiimperialistische oder ggf. antifaschistische Verbündete" (T.Z., 10).

Gen. Zenker sagt uns also klar und deutlich, dass man es mit einem strategischen Ziel im Rahmen der bürgerlichen Demokratie und der kapitalistischen Produktionsweise zu tun hat. Die antimonopolistische Demokratie ist eine Regierungsform, eine Mehrheit im parlamentarischen System. Sie ist ein *Stimmenverhältnis* zu Gunsten einer breiten "antimonopolistischen Koalition" im Rahmen des kapitalistischen Produktionsverhältnisse und des bürgerlichen Staats. Es wird auch von einer Bewegung von unten gesprochen. Das ist selbstverständlich wichtig und man sollte das auch nicht unterschätzen⁶, aber der ganze Punkt des Konzepts ist, dass die Bewegung "in die Offensive gelangt", was offensichtlich mit der "Machtübernahme" durch die parlamentarische Vertretung gleichge-

setzt wird. Es wird natürlich geklärt, dass eine solche Regierung "kein Muss" ist und nicht "zum Zwecke der "sozialeren" Kapitalismusverwaltung" (T.Z., 11) entstehen kann. Aber wo die Grenze genau verläuft, bleibt unklar⁷.

Wir gehen damit sofort zur Sache. Das Problem der "antimonopolistischen Demokratie" und jeder "Etappentheorie" ist vor allem **politisch**, also mit der Frage der politischen Macht und des Staates verbunden. Konkreter ist das Problem eine Verschiebung der Frage der Macht auf eine unabsehbare Zukunft.

A. Die marxistisch-leninistische Theorie des Staates

Im Artikel von Gen. Zenker wird vollkommen richtig bemerkt: "Die beiden zentralen Elemente der sozialistischen Revolution sind die politische Macht der organisierten Arbeiterklasse und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel"⁸. Stellen wir aber nun eine sehr grundsätzliche und einfache Frage: Warum ist "die politische Macht der organisierten Arbeiterklasse und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel" eigentlich notwendig? Warum haben schon Marx und Engels von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats gesprochen? Warum hat Lenin in *Staat und Revolution* so eindeutig die Zerstörung bzw. das "Zerbrechen" des bürgerlichen Staates und seine Ablösung von einem proletarischen Staats nicht nur als notwendig, sondern auch als Unterscheidungsmerkmal gegenüber sowohl Anarchisten als auch Opportunisten gekennzeichnet?

Daran zu zweifeln, dass das Merkmal des Marxismus-Leninismus gerade darin besteht, dass er die politische Macht der Vorhut des Proletariats und der armen Volksschichten als Voraussetzung für die grundsätzliche Veränderung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse zu Gunsten der Arbeiterklasse und der armen Volksschichten gesetzt hat, ist offensichtlich nicht möglich. Es historisch zu relativieren versuchen ist ebenfalls vergeblich. Denn es handelt sich um das wissenschaftliche Resultat aus der historischen Erfahrung und den Kerngedanke der marxistischen Theorie des Staates, die Lenin basierend auf die Schriften von Marx und Engels, die historische Erfahrung und die Auseinandersetzung mit dem Opportunismus in seinem Werk *Staat und Revolution* dargelegt hat. Er hat unzweideutig festgestellt, dass der Staat ein Produkt der Klassengesellschaft ist, um die unmittelbare bewaffnete Konfrontation der Klassen mit unversöhnlichen Interessen zu verhindern und demnach nicht klassenneutral ist, sondern ein Werkzeug zur Unterdrückung der ausgebeuteten Klassen in den Händen der herrschenden Klasse. Der Staat besteht in den Repressions- und Verwaltungsme-

chanismen (stehendes Heer und Beamtentum), die gegen die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen angewendet werden. Der Charakter des Staates bestimmt sich von den herrschenden Produktionsverhältnissen. Der Staat ist im Kapitalismus der bürgerliche Staat und stellt abgesehen von den besonderen Formen die **Diktatur der Bourgeoisie** dar, was sich auf die Möglichkeit der Bourgeoisie eine von keinem Gesetz begrenzte Gewalt gegen die Arbeiterklasse anzuwenden bezieht. Dieser Staat lässt sich nicht übernehmen und gegen die Bourgeoisie richten, wie die Opportunisten behaupten. Aber in Gegensatz zu den Anarchisten, kann der Staat nicht einfach verschwinden, weil er als Produkt von Klassegegensätzen, solange bestehen muss, wie diese bestehen. Was also das Proletariat tun muss, um sich aus dem Joch und der Ausbeutung der Bourgeoisie zu befreien, ist **den bürgerlichen Staat zu zerstören und ihm durch seinen eigenen Staat abzulösen**. Dieser Staat ist nichts anderes als **das als Staat organisierte Proletariat**. Das ist die **Diktatur des Proletariats**, die jeden Widerstand und Versuch der Bourgeoisie, die Macht zurückzuerobern, unterdrücken muss. Die Eroberung der politischen Macht wird die Arbeiterklasse dafür benutzen, um die ökonomische Verhältnisse zu verändern, die Produktionsmittel zu vergesellschaften, die Planung der Wirtschaft einzuführen und dadurch den Sozialismus aufzubauen. Es ist deswegen ein "absterbender" Staat, weil sein Ziel die Aufhebung der Klassen ist, was den Staat als eine von der Gesellschaft getrennte Formation obsolet macht.

B. "Zwischenetappen"

Nach dieser Ausführung, die mir hoffentlich nicht als Argumentation "mit sorgfältig ausgewählten Lenin-Zitaten" vorgeworfen werden wird, lässt sich nun fragen: Was kann demnach bedeuten, wenn man zwischen unserer jetzigen Situation und der sozialistischen Revolution – also der Revolution, die den bürgerlichen Staat "zerbricht", das als Staat organisierte Proletariat an die Macht bringt und mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel beginnt – eine "**Zwischenetappe**" einschreibt, die grundsätzlich darin besteht, eine Koalitionsregierung mit verschiedenen – nennen wir sie – "progressiven" politischen Parteien in einem bürgerlichen Parlament zu sein, auf dem Boden kapitalistischer Verhältnisse und mit Aufrechterhaltung der bürgerlichen staatlichen oder nicht-staatlichen, offenen oder geheimen Repressions- und Manipulationsmechanismen? Es bedeutet nichts mehr und nichts weniger als den Kern der marxistisch-leninistischen Theorie der Revolution und des Staates zu vernachlässigen. Denn die Position besteht schließ-

lich darin anzuerkennen, dass auch ohne Zerstörung des bürgerlichen Staates eine grundsätzliche Veränderung der Politik und der ökonomischen Verhältnisse möglich sei. Noch viel schlimmer wird die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass der bürgerliche Staat mit einer Regierung eines "antimonopolistischen" Bündnisses gegen die herrschende Klasse benutzt werden kann.

Die Verweisung auf die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution irgendwann in der Zukunft ändert nichts an der Sache. Man kann auch nicht die Argumentation akzeptieren, dass die "antimonopolistische Demokratie" nur der sozialistischen Revolution dienlich sein soll oder kann. Eine solche Argumentation zeigt nämlich ebenfalls, dass man nicht verstanden hat, worin die marxistisch-leninistische Theorie des Staates besteht. Wenn man tatsächlich in der Lage wäre eine Koalitionsregierung auf dem Boden des Kapitalismus und im Rahmen des bürgerlichen Staates zu bilden, die radikale Maßnahmen gegen das Monopolkapital nehmen könnte, dann würde Lenin vollkommen falsch liegen. Es würde bedeuten, dass die Zerstörung des bürgerlichen Staates gar nicht nötig wäre, sondern innerhalb der bestehenden Produktions- und Machtverhältnissen die Möglichkeit bestünde, dass die Arbeiterklasse die Oberhand nimmt.

Man könnte natürlich die marxistisch-leninistische Theorie zu ignorieren und an ihrer heutigen Gültigkeit zu zweifeln versuchen. Lenins Position wird aber von der historischen Erfahrung vollkommen bestätigt. Jeder Versuch die Lage der Arbeiterklasse durch die Teilnahme ihrer Partei an Regierungen – die bürgerlich blieben, weil der Staat bürgerlich blieb – zu verbessern oder das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu ändern (von der Machtergreifung gar nicht mal zu sprechen) hat fehlgeschlagen, auch wenn die besten Intentionen dahinter waren. Die Beispiele sind viele: die "Front populaire" in Frankreich 1936, die "Unidad popular" von Allende in Chile 1970, die Regierungsbeteiligung der KPI in Italien 1976. Und wir sind heute dabei einige neue Erfahrung zu machen: die verlorenen Parlamentswahlen vor einigen Wochen in Venezuela und die von der PCP gestützte Regierung in Portugal scheinen nämlich die mit solchen Regierungen verbundenen Erwartungen oder Hoffnungen ebenfalls nicht zu bestätigen⁹. Wichtig wäre ebenfalls die historische Erfahrung in Österreich konkret aufzuarbeiten. Eine solche Untersuchung kann im Rahmen dieses Artikels nicht stattfinden, aber als allgemeinen Gegenstand kann man die Frage setzen, inwiefern die Strategie der KPÖ – unabhängig von den Intentionen, die definitiv gut waren – zu einer effektiven Auseinandersetzung mit der ideologischen, politischen und organisatorischen Herrschaft der

Sozialdemokratie in der österreichischen Arbeiterklasse tatsächlich beigetragen hat oder eine solche erschwert hat¹⁰.

Was die **Etappenfrage** im Allgemeinen angeht, wäre vielleicht auch eine weitere historische Bemerkung nötig. Eine Quelle von Missverständnissen könnte nämlich womöglich die Tatsache sein, dass die von Lenin und der Partei der Bolschewiki vorgeschlagene Strategie – bis Februar 1917 – die bürgerlich-demokratische Revolution, also den Sturz des Zarismus, als notwendige Etappe für die darauffolgende sozialistische Revolution anerkannte. Was man hier aber verkennt, ist, dass nicht die Form – Etappen –, sondern der Inhalt das Wesentliche ausmacht. Es geht darum, dass in dieser Zeit in Russland (die Strategie betraf auch nur Russland und nicht die revolutionäre Strategie in den europäischen Ländern!) nicht *irgendwelche* Etappe notwendig war, um die Leute an den Sozialismus “heranzuführen”, sondern *konkret* die Etappe der bürgerlichen Revolution. Die Strategie beruhte auf die objektiven Bedingungen Russlands am Anfang des 20. Jahrhundert. In Österreich bestehen heute andere objektiven Bedingungen, nämlich solche, die Etappen zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus weder notwendig machen noch erlauben.

Aber auch ganz abgesehen davon: die Bolschewiki und Lenin sprachen von einer bürgerlichen *Revolution* und einer sozialistischen *Revolution* und keinesfalls von einer Reformierung des zaristischen Staates in einen bürgerlichen oder von einer parlamentarischen Mehrheit, von einer Koalitionsregierung durch bürgerlichen Wahlen, von einer Teilnahme an der “sozialistischen” (bürgerlichen) Provisorischen Regierung für den Übergang zum Sozialismus. So einen Etappengedanke gibt es nirgends im Denken von Lenin oder in der Praxis der Bolschewiki. Aus dem einfachen Grund, dass es eine Position ist, die dem Reformismus die Tür öffnet (damit wird nicht gesagt, dass man schon reformistisch ist). Das Ziel blieb schließlich immer nur die Teilnahme an einer revolutionären Regierung, einer Regierung eines proletarischen Staates. Deswegen ändert an den sozialistischen Charakter der Oktoberrevolution weder die kurze Zeit von der bürgerlichen Februarrevolution etwas, noch die Tatsache, dass auch bürgerlich-demokratische Maßnahmen (und auch “antimonopolistische”, um es an der Diskussion anzuknüpfen) umgesetzt wurden, da diese von der revolutionären Sowjetregierung, also die Arbeiter- und Volksmacht durchgeführt wurden¹¹.

Es muss aber auch was anderes hinzugefügt werden. Die hier präsentierte Position schließt nicht im Vorhinein aus, dass, wenn eine revolutionäre Situation entsteht und ein revolutionärer Prozess tatsäch-

lich auch eintritt, verschiedene Phasen¹² möglich bzw. auch unausweichlich sind. Man kann sogar nicht ausschließen, dass so etwas wie eine “antimonopolistische Demokratie” in Erscheinung tritt, in der Form z.B. einer Regierung, die eine instabile schwankende gesellschaftliche Situation widerspiegeln würde. Die wichtige Frage ist aber, wie aus strategischer Sicht diese Phasen zu bewerten sind und welche die grundlegende Haltung der Kommunisten sein muss. Die “antimonopolistische Strategie” bleibt in einer – nur möglichen – Phase eines solchen Prozesses hängen. Eine revolutionäre Strategie würde aber diese Phasen nur in Hinblick auf das wirkliche strategische Interesse der Arbeiterklasse sehen: die Zerstörung des bürgerlichen Staates und seine Ablösung durch einen proletarischen Staat, welche die Diktatur des Proletariats darstellen wird. In diesem Zusammenhang kann auch objektiv die Lage für eine Reihe von Übergangsforderungen reif sein. Aber eine Teilnahme an einer Regierung, die nicht die Arbeiter- und Volksmacht repräsentiert, ist ausgeschlossen. Nicht aus “Prinzip”, sondern auf Grund objektiver Gesetzmäßigkeiten. Eine “antimonopolistische Strategie” mag ebenfalls die Diktatur des Proletariats als Ziel setzen, aber sie glaubt diese *durch* eine Etappe erreichen zu können. Dieser Gedanke ist in Wirklichkeit keine taktische Flexibilität, sondern beschränkt im Gegenteil die Anpassungsfähigkeit der Partei. Denn indem man davon überzeugt ist, dass eine “antimonopolistische Demokratie” möglich und wünschenswert ist, ist man gezwungen seine Tätigkeit diesem Ziel zu unterwerfen. Diese Beschränkung resultiert gerade daraus, dass man die Regierungsbeteiligung im bürgerlichen Staat nicht ausschließt. Unter Umständen, die solche angebliche “Übergangsformen” hervorbringen könnten, wird man nämlich erst recht gezwungen sein, an solchen Formationen teilzunehmen, sofern man diese als “Übergangslösungen” und “Zwischentappen” propagiert hat¹³. Aber indem man teilnimmt, ist es nicht mehr möglich als Opposition aufzutreten. In letzter Konsequenz bedeutet das aber *objektiv*, für den Abschluss des revolutionären Prozess an einem Moment, bei dem die bürgerliche Klasse noch nicht besiegt und keine Staatsmacht entstanden ist, welche für ihre Repression einsetzbar wäre, zu wirken.

Ich möchte hier hinzufügen, dass es bei der Frage um die “antimonopolistische Demokratie” nicht um die Frage “abgegrenzte Etappen” oder “einheitlicher revolutionärer Prozess” geht. Das Problem so zu verstehen, hilft uns nicht weiter. Es lässt sich schon bemerken, dass man unter Vertretern der Theorie hinsichtlich des Grades der “Abgegrenztheit” der Etappen oder der “Einheit” des Prozesses

Unterschiede gibt. Aber diese sind kaum wesentlich. Das Wesentliche liegt nämlich darin, dass überhaupt keine Etappe zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats möglich ist, egal wie “starr” oder “dialektisch” man den Gedanken einer Etappe präsentieren möchte. Die Übergangsform ist nämlich die Diktatur des Proletariats und der Sozialismus selbst: der Übergang zum Kommunismus.

II. “Antimonopolistische Strategie”

A. “Antimonopolistische Strategie” ohne “antimonopolistische Demokratie”?

Es bleibt dennoch eine Frage offen: Was wäre mit einer antimonopolistischen Strategie ohne Etappe? Ist dies sowohl möglich als auch haltbar? Man könnte nämlich argumentieren, dass die “antimonopolistische Demokratie” als Etappe vielleicht zu verwerfen wäre, aber immer noch eine “antimonopolistische Strategie” möglich und notwendig wäre, also eine Strategie, die den Widerspruch zwischen Monopolkapital und “nicht monopolistischen Schichten” zum Hauptwiderspruch des heutigen Kapitalismus erhebt und das Bündnis *aller* “nicht monopolistischen Schichten” gegen das Monopolkapital erstrebt.

Gen. Zenker gibt uns aber selbst eine **vollkommen richtige Antwort** darauf: “Besteht Einigkeit über die Richtigkeit und Notwendigkeit der antimonopolistischen Strategie, so bleibt theoretisch noch die mögliche Infragestellung der antimonopolistischen Demokratie. Innerhalb des strategischen Rahmens ergibt dies jedoch recht wenig Sinn”(10). Das ist vollkommen richtig. Wie ich noch zu zeigen versuchen werde, sind die beiden Konzepte nicht voneinander zu trennen. Dies ist aber kaum als ein Argument für das Gesamtkonzept zu verstehen, sondern vielmehr als Zeichen seiner grundlegenden Mangelhaftigkeit.

Man muss also festhalten: in dieser Konstellation kann das erwähnte Bündnis nur auf dasselbe wie die “antimonopolistische Demokratie” als Etappe hinauslaufen, also als politisches Ziel nicht die Machtergreifung von Seiten der Arbeiterklasse, nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu setzen, sondern irgendeine Form, die die “*verschiedenen*” Interessen der Verbündeten vereinen könnte. Das liegt gerade darin, dass zwischen Teilen dieses Bündnisses die Interessen nicht bloß verschieden, sondern *gegenständiglich* sind. In letzter Instanz in Bezug auf den Staat: nur das Proletariat und die ärmeren Volksschichten haben ein unmittelbares Interesse daran, die politische Gewalt vollkommen für sich zu beanspru-

chen. Unter den "nicht monopolistischen Schichten" sind aber, wie wir gleich sehen werden, eindeutige Teile der Bourgeoisie enthalten¹⁴. Diese haben keineswegs ein Interesse daran, den bürgerlichen Staat grundsätzlich zu verändern, geschweige ihn zu "zerbrechen". Was sie höchstens wollen, ist diesen zu reformieren, so dass er ihren Interessen als "kleinere" Kapitalisten dient.

Wir müssen demnach die "antimonopolistische Strategie" auch hinsichtlich ihrer Klassenbasis hinterfragen. Denn, wie auch Gen. Zenker selbst darauf hinweist, basiert das politische Bündnis und die mögliche Koalitionsregierung auf einer Bewegung "von unten". Es handelt sich also auch um ein *soziales* Bündnis der "nicht monopolistischen" Schichten der Gesellschaft.

B. "Nicht monopolistische Schichten": Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie?

Die allgemeine Rede über "nicht monopolistische Schichten", lässt uns davon ausgehen, dass darin "nicht monopolistische" Teile der Bourgeoisie enthalten sind. Wenn es nur um Selbständige, Kleinbauern oder gar Kleinstunternehmer ginge, dann wäre die Sache geklärt. Wenn es aber tatsächlich so wäre, würde man das auch so benennen. Und nicht nur das: wäre es tatsächlich so, dann würde man auch keine Etappe brauchen. Aus zwei Gründen: erstens liegt – mindestens für Österreich – die bürgerlich-demokratische Revolution schon in der Vergangenheit und sogar – auch wenn es keine wirkliche Rolle spielt – weit in der Vergangenheit. Damit sind die formalen rechtlichen Bedingungen, welche die unmittelbaren Interessen dieser Schichten dienen, schon vorhanden und was das Problem heute darstellt, ist, dass sie trotzdem nicht in der Lage sind, ihre Interessen und Bedürfnisse zu befriedigen. Das kann ihnen aber keine – wie auch immer geartete – bürgerliche Regierung mehr liefern. Zweitens sind die Interessen dieser Schichten nicht nur mit den ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse vereinbar, sondern sogar sehr wohl mit der Arbeiter- und Volksmacht. Sogar ihre wirtschaftliche Tätigkeit wäre keineswegs von den ersten Maßnahmen einer solchen Macht (Vergesellschaftung der Monopole, konzentrierter Produktionsmittel, strategischer Ressourcen, Transport etc.) bedroht, sondern kann über eine Zeit davon sogar begünstigt werden, durch z.B. die Förderung und Organisation von Produktionsgenossenschaften oder die Streichung der Schulden von Selbstbeschäftigten, Kleinstunternehmer und Bauern an Banken¹⁵. Außerdem darf man nicht vergessen, dass die eigentliche Grundlage eines solchen Bündnisses auf die Möglichkeit der Radikalisierung

dieser Massen angesichts der Gefahr ihrer Proletarisierung durch die weitere Entwicklung des Monopolkapitalismus und seine Krisen. Dadurch wird klar, dass dieses Bündnis nicht nur auf besondere Interessen von Kleinproduzenten beruht, sondern auf die objektive Entwicklung, die diese Schichten mehr oder weniger in die Lage des Proletariats versetzt.

Man muss also feststellen, dass die "antimonopolistische Strategie" das Bündnis der Arbeiterklasse und der ärmeren Volksschichten **mit Teilen des Kapitals** – und nicht bloß des Kleinbürgertums – nicht ausschließt. Sie schließt es nicht nur nicht aus, sondern macht dieses potentielle Bündnis auch zu einem wesentlichen Teil der gesamten Strategie. Wäre es nicht so, dann hätten die ganze Orientierung und die konkrete Benennung keinen Sinn.

C. Bündnisse und Kompromisse mit der Bourgeoisie

Dieses Bündnis ist aber im Rahmen einer Strategie (mit Etappe oder ohne) vollkommen zu verwerfen. Ich betone dieses "im Rahmen einer Strategie". Man könnte nämlich entgegen, dass unter bestimmten Umständen **Kompromisse** mit Teilen der Bourgeoisie aus taktischen Gründen nicht zu vermeiden sind. Man könnte aber gleich so weit gehen, um zu sagen, dass auch Kompromisse mit Teilen des Monopolkapitals oder imperialistischen Staaten unter besonderen Bedingungen nicht auszuschließen sind. Diese Art von Kompromissen – die auch keineswegs mit Bündnissen zu verwechseln sind! – ist aber was komplett anderes. In einem solchen Fall ginge es um eine konkrete Entscheidung angesichts bestimmter außerordentlicher Bedingungen. Hier geht es aber um die Strategie. Die Strategie betrifft die grundlegende Ausrichtung der Partei, den Maßstab, an den die Aktivitäten, die konkreten Positionen, die konkreten Kampfformen der Partei usw. gemessen werden. Die Strategie betrifft das strategische Ziel, die allgemeine Planung zur Erreichung dieses Ziels. Die Taktik ist der Strategie unterworfen. Ein taktisches Manöver kann unter konkreten Umständen notwendig sein, aber dies muss immer in Einstimmung mit dem strategischen Ziel sein. Wenn tatsächlich unter Umständen ein Kompromiss mit Teilen der Bourgeoisie unausweichlich ist, dann ist das keine "antimonopolistische Strategie". Denn ein solcher Kompromiss darf nur entweder als ein erzwungener Kompromiss oder als ein momentanes vorübergehendes Manöver zur (ebenfalls) vorübergehenden Täuschung oder Neutralisierung Teilen des Klassenfeindes gesehen werden. Ein Bündnis aber mit Teilen der Bourgeoisie zum strategischen Moment eines "Wegs zum Sozialismus" – und das sogar im Vorhinein, also abstrakt und nicht an konkre-

ten Umständen gemessen – zu erheben, ist ein fataler Fehler¹⁶.

Damit zu argumentieren, dass Ziel dieser Herangehensweise die Neutralisierung dieser "nicht monopolistischen" Bourgeoisie sein soll, ist nicht überzeugend. Denn um das wirklich zu erreichen, ist man gezwungen, sein wirkliches strategisches Ziel zu verdrängen. Entweder hält man offen und klar an die Notwendigkeit der Arbeiter- und Volksmacht fest oder man spricht von anderen Formen, damit Teile der Bourgeoisie "neutralisiert" werden. Aber für was neutralisiert man sie denn überhaupt? Für den Sozialismus, für die Arbeiter- und Volksmacht? Nein, sie werden nur für eine Veränderung in einigen Verhältnissen neutralisiert, die ihre Interessen gegenüber den Monopolkapital – bzw. bestimmten Fraktionen – dient und ihren ökonomischen, sozialen, politischen Status als Kapitalisten erhält – womöglich auch stärkt.

Es ist notwendig klarzustellen, dass die Ablehnung dieses Bündnisses nicht auf seichten Idealismus, auf Willen nach "Klassenreinheit" beruht. Die Ablehnung stützt sich auf die realistische Einschätzung der Klassenverhältnisse und der Klasseninteressen im heutigen Monopolkapitalismus. Das Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie gegen das Monopolkapital ist nicht verwerflich, weil es einen "Verrat" darstellen soll (auch wenn dies oft zu einem solchen geführt hat). Es ist ein Fehler, weil es auf einer Illusion beruht: dass Kapital und Arbeiterklasse ihre Differenzen beiseitelassen können *zum Zwecke einer für beide positiven Veränderung der Verhältnisse*. Man kann aus der historischen Erfahrung feststellen, dass nach der vollständigen Eroberung der Macht durch die Bourgeoisie und besonders nach der Herausbildung des Monopolkapitalismus (nicht nur als Existenz von Monopolen, sondern auch als Organisationsart des gesamten modernen Kapitalismus) niemals Bourgeoisie und Arbeiterklasse als Gesamtklassen gemeinsame Interessen zur weiteren Entwicklung hatten. Wo ein Kompromiss unausweichlich wurde und tatsächlich stattfand, wurde er dies nur auf der Basis einer Defensive, einer Schwäche von Teilen der herrschenden Klasse (gegenüber einen Teil der herrschenden Klasse). Und immer nur bis zur Abwehr der "gemeinsamen" Gefahr, aber nie für den Zweck einer positiven Entwicklung. Keine Bourgeoisie hat jemals die Arbeiterbewegung und die Kommunistische Bewegung freiwillig als gleichberechtigten Verbündeten akzeptiert. Dies gilt für kleinere oder größere Kapitalisten, Monopole oder "nicht monopolistische" Kapitalien.

Was man vergisst, ist: wenn wir eine "antimonopolistische Strategie" verfolgen, bedeutet es keineswegs, dass unsere bürgerlichen "Verbündeten" dasselbe tun.

Unsere "antimonopolistische Strategie" kann dazu führen, dass wir gegenüber einer dieser Strategie inhärenten tödlichen Gefahr blind werden: des unausweichlichen "Verrats" unserer bürgerlichen "Verbündeten". Um dieser Gefahr zu entgegnen, gibt es nur einen Weg: das strategische Ziel der Machteroberung nie zu verlassen. Also das Bewusstsein, dass die Arbeiterklasse nur darauf ausgerichtet sein muss, das Moment auszunutzen, um die Macht zu ergreifen, ihre Feinde wehrlos zu machen und alle schwankende Volksschichten zu neutralisieren oder für sich zu gewinnen.

D. Monopolkapitalismus

Grundlage dieser Fehleinschätzungen mag schließlich auch ein falsches Verständnis des Monopolkapitalismus sein. Das Schema Monopolkapital einerseits und "nicht monopolistische Schichten" andererseits zum Hauptwiderspruch zu erheben, basiert auf dem Übersehen der Tatsache, dass das Monopolkapital nicht nur eine Gruppe von Kapitalisten darstellt, sondern gleichzeitig die Art und Weise der Organisation der gesamten modernen kapitalistischen Produktionsweise. Das bedeutet, dass das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit grundlegend von der Form des Monopolkapitals und der Existenz großer Monopolgruppen vermittelt ist. Natürlich gibt es Kapitalisten, die keine Monopolstellung haben. Aber die Produktion ist gesellschaftlich: jeder einzelne Kapitalist produziert im Rahmen einer vom Monopolkapital dominierte Gesellschaftsformation. Das Monopol mag ihm unter konkreten Umständen – vielleicht auch meistens – nur als Feind erscheinen. An diesem Moment übersieht er aber, dass das Monopolkapital die Grundlage dessen ausmacht, was heute Kapitalismus ist und in dessen Rahmen jeder Kapitalist produziert. Aus diesem Grund hält sich auch jede angebliche "Radikalisierung" solcher Teilen der Gesellschaft immer in sehr knappen Grenzen: wenn nämlich das Monopolkapital auch nur seine Muskeln zeigt, wird jeder einzelne Fabrikbesitzer schnell wieder zum gehorsamen "Untertanen", was ihm mindestens die wichtigsten Privilegien – die Arbeiterklasse mitauszubenten und Anteil an der imperialistischen Beute zu haben – verschafft. Daraus ergibt sich ferner auch eine Reihe von Verflechtungen, nicht nur zwischen Monopolgruppen, sondern auch zwischen Monopolen und "nicht monopolistischen" Kapitalien. Man unterschätzt die Macht der Monopole, wenn man behauptet, dass die "nicht monopolistische" Bourgeoisie in der Lage wäre, sich unabhängig von diesen nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch zu organisieren. Was sich oft als bürgerliche oder kleinbürgerliche "antimonopolistische Bewegung" prä-

sentiert, ist in Wirklichkeit eine verdeckte Form der Konkurrenz von Monopolen, welche kein Problem haben sich als Feinde ihrer selbst zu verkleiden – oder angeblich Feinde ihrer selbst zu unterstützen –, um ihren Konkurrenten im eigenen oder in einem fremden Land zu schwächen. So schaut die Wirklichkeit hinter den diversen Formen des "kleinbürgerlichen Demokratismus" aus.

Die Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus ist eine historische Gesetzmäßigkeit keine "Missgeburt". Jede Form von kapitalistischer Produktion und Akkumulation entwickelt sich in Richtung des Monopols. Diese Tendenz lässt sich nicht durch "antimonopolistische" Regierungen dämmen, weil ihre Wurzel im Kapitalismus selbst zu finden ist, weil der Monopolkapitalismus dem Kapitalismus unter der heutigen Entwicklung der Produktivkräfte entspricht.

III. Einige Richtlinien für eine revolutionäre Strategie

Aber ich möchte nun zu einigen positiven Positionen kommen. Es ergibt sich nämlich die Frage, welche die Alternative zu einem solchen Programm wäre. Wäre sie etwa der reine abstrakte Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital? Wäre sie etwa die Negation der antimonopolistischen Dimension des Kampfes der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei? Nein, keineswegs.

A. Die Verbündete der Arbeiterklasse

Die Arbeiterklasse hat und **braucht** selbstverständlich Verbündete innerhalb der Gesellschaft. Ihre Verbündeten – mindestens in der österreichischen Gesellschaft und mit einigen Differenzierungen eigentlich in den meisten europäischen Staaten – wurden schon erwähnt: es sind die armen und mittleren Volksschichten: die kleine und mittlere Bauernschaft, die Selbstbeschäftigten, die Studentenbewegung, die Frauenbewegung. Diese machen zusammen mit der Arbeiterklasse die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung aus: sie sind das Volk. Es handelt sich um Schichten, die hier und jetzt gemeinsame Interessen mit der Arbeiterklasse, eindeutige Interessen gegen das Monopolkapital haben, eindeutiges Interesse gegen die politische Macht des Monopols und des Kapitals haben. Es sind diejenige Schichten, welche zusammen mit der Arbeiterklasse die neue Macht, den neuen Staat konstituieren können: den Arbeiter- und Volksstaat (dass dabei die Arbeiterklasse objektiv und subjektiv die Führung übernehmen muss und wird ist eine historische Notwendigkeit).

Es muss bemerkt werden, dass sich die Wichtigkeit des Bündnisses auch dadurch

ergibt, dass diese Schichten aus objektiven Gründen keine Klasse an und für sich bilden können. Es handelt sich um politisch (aber auch ökonomisch) schwankende Elemente: zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Je nach den konkreten Umständen können sie die Seiten wechseln. Aber unter Umständen einer allgemeinen Krise, erwächst objektiv die Möglichkeit eines starken Bündnisses mit der Arbeiterklasse gegen die Macht des Kapitals. Sie an dem entscheidenden Moment zu gewinnen entscheidet vieles (vielleicht auch alles).

B. Die Ausrichtung des Kampfes

Welche Ausrichtung hat aber der Kampf? Der Kampf hat selbstverständlich eine **antimonopolistische** Ausrichtung. Das revolutionäre Proletariat identifiziert das Monopol mit dem heutigen Kapitalismus, es kämpft gegen die Macht der Monopole, es setzt als erste Priorität seiner neuerrichteten Macht diese wehrlos zu machen und zu vergesellschaften, es kämpft gegen den Imperialismus in jeder Form und besonders in der Form des imperialistischen Krieges. Diese Ausrichtung ist nicht willkürlich, sondern notwendig, denn darauf stützt sich das Bündnis mit den armen und mittleren Volksschichten. Es handelt sich um eine Art Kompromiss, Zugeständnis oder, besser gesagt, Angebot, Vorschlag der Arbeiterklasse gegenüber ihrer Verbündeten, damit das Bündnis zwischen ihnen entstehen kann. Deswegen geht diese Stoßrichtung auch tiefer: es werden konkrete Lösungen und Maßnahmen erarbeitet, welche den unmittelbaren Bedürfnissen und Interessen dieser Volksschichten **im Rahmen einer Arbeiter- und Volksmacht** entsprechen, ohne diese unmittelbar als nicht proletarische soziale Schichten aufzuheben, wie z.B. die Selbstbeschäftigten, Bauern usw. in Produktionsgenossenschaften zu organisieren, die vom Arbeiter- und Volksstaat materiell unterstützt werden.

Aber dieser Kampf muss zugleich **antikapitalistisch** sein. Was bedeutet das? Es bedeutet zunächst, dass die Arbeiterklasse und damit auch ihre Partei immer nur eine antikapitalistische, sozialistisch-kommunistische Ausrichtung haben muss und dieser alle anderen Aufgaben unterwirft. Es bedeutet demnach auch, dass der Kampf gegen die Monopole **zugleich** die Bedingungen für die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse schaffen muss. Nicht abstrakt, nicht als Wunschdenken, sondern indem das Kräfteverhältnis **reell** zugunsten der Arbeiterklasse verändert wird. Bedingung dafür ist aber, dass die Arbeiterklasse und das Volk die ökonomische und politische Macht für sich beanspruchen. Das ist der einzige Inhalt, den der *politische* Kampf der Arbeiterbewegung heute haben kann und muss. Die Ersetzung dieses Inhalts durch einen

anderen (etwa einer "Zwischenetappe") bedeutet, die Arbeiterbewegung "unter fremden Fahnen" kämpfen zu lassen.

Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch die als Staat organisierte Arbeiterklasse ist aber nicht nur eine Bedingung für den Sozialismus. Sie ist zugleich die Bedingung aller Maßnahmen, die antimonopolistischen Charakter haben. Ohne die politische Macht zu erobern, ohne das Zerbrechen des bürgerlichen Staates, kann die Macht der Monopole nicht beschränkt, geschweige denn vernichtet werden. Demnach ist auch die einzige wirklich konsequente und wirksame **antimonopolistische Strategie** nicht die Losung einer Etappe, einer parlamentarischen Mehrheit, sondern die der Arbeiter- und Volksmacht.

Das Grundproblem mit der "antimonopolistischen Demokratie" ist schließlich dies: sie verkennt die Tatsache, dass die Arbeiterklasse nur ein politisches Ziel haben kann: die Eroberung der Macht und ihre Benutzung – mit allen potentiell notwendigen Vermittlungen antimonopolistischer Natur – für den Aufbau des Sozialismus. Für eine "antimonopolistische Demokratie" zu kämpfen, mit dem frommen Wunsch sich dann irgendwann darin durchsetzen zu können, bedeutet den Kampf um die Macht der Arbeiterklasse auf eine unabsehbare Zukunft zu verschieben, ihn in Wirklichkeit zu verlassen. Es bedeutet, das Proletariat und das Volk für eine Version des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Produktion kämpfen zu lassen, die nicht nur nicht ihren wahren Interessen dienen kann, sondern einfach unmöglich ist. Das ist auch das Entscheidende: dass die "antimonopolistische Demokratie" eine Unmöglichkeit darstellt.

Durch die Unterschätzung des Klassenfeindes und das Verkennen der Gesetze des politischen Kampfes, ist die "antimonopolistische Demokratie" ein gefährliches Spiel. Die Macht nicht vollständig zu erobern, bedeutet, sie gar nicht zu erobern. Es bedeutet dem Feind die Möglichkeit zu geben, zurückzuschlagen. Der bürgerliche Staat, der in einer solchen "antimonopolistischen Demokratie" offensichtlich unangetastet bleibt, ist kein klassenneutraler Mechanismus. Er bietet der Arbeiterklasse auch nicht die Möglichkeit, die Reaktion zu unterdrücken, die Monopole tatsächlich zu entmachten, was das Ziel einer solchen "antimonopolistischen" Regierung angeblich sein soll. Was man verstehen muss, ist, dass diese Strategie nicht "aus der Defensive in die Offensive zu gelangen" hilft, sondern im Gegenteil ein Ausdruck einer defensiven Haltung ist.

C. Bündnispolitik: politisches und soziales Bündnis

Eine weitere Folge dieser Überlegungen

betrifft die **Bündnispolitik**. Die **soziale Bündnispolitik** der "antimonopolistischen Demokratie" wurde schon erwähnt: das Bündnis der "nicht monopolistischen Schichten" gegen das Monopolkapital. Konsequenterweise ergibt sich aus Sicht dieser Strategie aber auch eine Notwendigkeit **politischer Bündnisse**. Anders käme auch keine Koalitionsregierung zu Stande. Der Kerngedanke ist, dass die soziale Bündnisse, die soziale Bewegung ein Korrelat auf politische Ebene finden muss, also durch das politische Bündnis verschiedener Parteien. Man möchte den Kampf "von oben" und "von unten" führen.

Ich werde nicht in Einzelheiten eingehen, weil der Artikel sowieso schon zu lange geworden ist. Es muss aber bemerkt werden, dass diese Herangehensweise, diese Strategie notwendigerweise darauf hinausläuft, die soziale Bewegung dem politischen Bündnis zu unterwerfen. Politische Bündnisse betreffen Abmachungen zwischen Partei- und Organisationsspitzen. Das Ergebnis ist ein Kompromiss, der nicht auf objektive Klassenverhältnisse basiert, sondern auf subjektive politische Verhältnisse. Die daraus resultierende Politik, Forderungen etc. werden demnach nicht anhand der objektiven Interessen und Bedürfnissen der Klassen gestaltet, sondern anhand der Kraft, der Kompromissbereitschaft und der Anpassungsfähigkeit der verschiedenen Parteien. Was die Parlamentsmehrheit und Koalitionsregierung im Besonderen betrifft, muss auch angemerkt werden, dass diese nur *Stimmenverhältnisse* zwischen Parteien und keine *Kräfteverhältnisse* zwischen den *Klassen* ausdrücken. Aus diesem Grund bedeutet eine solche Regierung auch keine für die Arbeiterklasse positive Verschiebung der Kräfteverhältnisse. Solange die Macht sich in den Händen der Bourgeoisie befindet, wird das Kräfteverhältnis immer zu ihren Gunsten sein¹⁷.

Eine Kommunistische Partei kann dies nicht als Ziel erachten. Sie kann auch nicht die Illusion haben, dadurch die Arbeiterklasse konsequent repräsentieren zu können. Ihre Forderungen und ihre Aktivität können nur auf die objektiven Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes ausgehen. Dass Kompromisse und Anpassungen dieser Forderungen notwendig sind, ist unbestreitbar. Aber anpassen ist was anderes als verhandeln. Die Forderungen, die Maßnahmen zu verhandeln bedeutet Politik "für" die Arbeiterklasse ohne die Arbeiterklasse zu machen. Auch wenn man von einer Bewegung unterstützt wird.

Die Kommunistische Partei sieht ihre Aufgabe in dem Aufbau und der Stärkung der Klassenbewegung. Sie setzt auf das oben genannte **soziale Bündnis** zwischen Arbeiterklasse und den ärmeren und mittleren Volksschichten. Sie wirkt in diesem,

damit ihr politisches Ziel Ziel der Bewegung wird. Die Teilnahme an repräsentativen Organen des bürgerlichen Staates muss sie nur dafür nützen, um die Interessen des Volkes zu vertreten, um die bürgerlichen und opportunistischen Parteien zu enttarnen, um die kapitalistische Ausbeutung und die imperialistische Barbarei aufzudecken.

Das Bündnis mit anderen politischen Parteien kann nie zum Selbstzweck erhoben werden. Man kann natürlich ein solches Bündnis eingehen oder sogar bezwecken. Die Frage ist aber wie man dieses versteht. Ein solches kann und darf nämlich nur im Rahmen des sozialen Bündnisses und der Klassenbewegung entstehen und nur insofern diese politischen Kräfte, ihre Mitglieder und Anhänger in den Massenorganisationen des sozialen Bündnisses gemeinsame Ziele mit den Kräften der PdA verfolgen. Dieses Bündnis darf aber nicht in Richtung der Herausbildung von Plattformen oder Koordinationsorganen, die aus Parteien und politischen Organisationen zusammengesetzt sind, weil das u.a. zwangsläufig die politische und organisatorische Eigenständigkeit der Partei einschränkt. Das Bündnis kann außerdem nur dann wirklich sozial und klassenorientiert sein und bleiben, wenn es aus Klassenkräften, aus Massenorganisationen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten und nicht aus Parteien und politischen Organisationen besteht. Es kann auch nicht darum gehen, sogar in diesem Rahmen sich mit den verschiedenen Parteien zu versöhnen oder eine Linie hinter geschlossenen Türen für die Bewegung zu erarbeiten. Schließlich wird es immer um den ideologischen Kampf gegen den Opportunismus, um seine Vertreibung aus der Arbeiter- und Volksbewegung gehen.

IV. Das strategische Ziel

Was das strategische Ziel eines revolutionären Programms angeht, möchte ich zunächst zum Zweck eines Kontrasts auf die im Artikel von Gen. Zenker genannte "Ansatzpunkte für die antimonopolistische Strategie" – in einer vielleicht etwas überspitzten Weise – eingehen, welche wie folgend bestimmt werden: "sozialer Fortschritt, Demokratie, Frieden und nationale Unabhängigkeit". Es wird ersichtlich, dass es um eine eher schwammige Begrifflichkeit geht, die unausweichlich gewisse Fragen hervorruft. Was bedeutet "sozialer Fortschritt"? Welche "Demokratie" ist gemeint? Die bürgerliche, die proletarische, oder gibt es angeblich einen universalen klassenneutralen Begriff von Demokratie? Gibt zwischen der "antimonopolistischen" Forderung nach Frieden und den bürgerlichen, kleinbürgerlichen Pazifismus einen Unterschied? Wenn ja, sollte man offen sagen, worin sich diese unterscheiden, wie der Friede erkämpft

werden kann. “Nationale Unabhängigkeit” wessen? Des bürgerlichen Staats (was, wie schon gesagt, der “antimonopolistische” Staat weiterhin bleibt)? Meint man *politische* nationale Unabhängigkeit oder *wirtschaftliche* nationale Unabhängigkeit? Ist *wirtschaftliche* nationale Unabhängigkeit für das Volk im Rahmen des imperialistischen Systems überhaupt möglich?¹⁸

Solche Begriffe ohne weitere Erklärung (und es kommen meiner Erfahrungen fast nie konkrete Erklärungen dazu – und schon gar nicht werden solche im Parteimaterial propagiert –, weil einfach Forderungen zu stellen, ist keine Erklärung) kann eine Kommunistische Partei kaum gebrauchen. Die mögliche (aber durchaus nicht garantierte) Popularität solcher Allgemeinheiten ist kein Argument. Denn Aufgabe der Partei ist, die Arbeiterklasse und das Volk zu erziehen und zu führen. Dass solche inhaltlose Parolen die Möglichkeit breiter Plattformen mit jeder Art von opportunistischen, sozialdemokratischen, liberalen oder sogar “patriotischen” politischen Kräften bietet, ist noch weniger ein Argument. Denn klarerweise entstehen solche Plattformen nur auf Basis der Verdrängung jeder Konkretisierung, jedes klassenorientierten Inhalts.

Was kann man dem entgegenstellen? Denn es ist durchaus klar, dass man nicht einfach bei der Losung der Arbeiter- und Volksmacht stehen bleiben kann. Man muss neben dem selbstverständlichen täglichen Kampf um die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiterklasse und des Volkes eine konkrete Perspektive aufzeigen können. Zu diesem Zweck gibt es aber nur einem Weg: die Grundlinien der neuen Macht und der neuen Produktionsweise zu erarbeiten. Nicht auf einer utopischer Basis, sondern als Ergebnis wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit den konkreten Entwicklung der Produktivkräfte, der Klassenverhältnissen im Land und international, aber auch mit den objektiven Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Produktionsweise. Man muss Vorschläge erarbeiten, die sowohl konkrete Sektoren als auch die Planung der gesamten Produktion betreffen. Man muss konkrete Vorschläge zur möglichen Struktur der neuen politischen Macht machen. Mit anderen Worten, was die Partei braucht ist ein **revolutionäres “Regierungsprogramm”, ein Programm mit kurzfristigen und längerfristigen Maßnahmen einer Arbeiter- und Volksmacht.**

V. Bemerkungen zur konkreten politischen Aktivität

Obwohl dieser Artikel nicht als Antwort auf Gen. Zenker verfasst ist, ist es notwendig in einem weiteren Punkt einzugehen. Im Artikel wird nämlich suggeriert, dass

das “Abrücken” von einer “antimonopolistischen Strategie” die “Gefahr einer Isolierung und eines Rückfalls in bloße radikale Phraseologie, die keinerlei realen und praktischen Tätigkeitsansatz mehr ermöglicht” hervorrufen würde. Geschrieben wird auch, dass dies mit dem “Zustand der vorbolschewistischen jungen KPÖ” (*T.Z.*, 10) verglichen könnte. Den Versuch mit diesem Vergleich die “antimonopolistische Strategie” mit der Bolschewisierung der KPÖ in Verbindung zu bringen, möchte ich nicht kommentieren, weil die Verbindung einer strategischen Ausrichtung, die ihre Erscheinung in der internationalen (und nicht nur österreichischen) Kommunistischen Bewegung der 70er, 80er Jahre macht, mit einem politischen und organisatorischen Prozess, der in der internationalen (und nicht nur österreichischen) Kommunistischen Bewegung in den 20er stattfand (und außerdem das Ziel hatte die KPs organisatorisch und programmatisch so umzugestalten, dass sie den revolutionären Kampf gegen den bürgerlichen Staat durch legalen und illegalen Kampfformen erfolgreich durchführen können), einfach keine historische oder inhaltliche Grundlage hat.

Aber ich möchte diese angebliche “Gefahr” kommentieren. Was wird hier suggeriert? Laut Gen. Zenker gibt es keine sinnvolle Aktivität, wenn man keine “antimonopolistische Strategie” verfolgt. Man kann auf zwei Ebenen antworten. Wenn wir tatsächlich zeigen könnten, dass die “antimonopolistische Strategie” nichts als die “antimonopolistische Demokratie” zum Ziel hat, und dass die “antimonopolistische Demokratie” in letzter Instanz nichts anderes als eine “Koalitionsregierung” (zugegeben: mit Bewegung von unten) ist, dann suggeriert Gen. Zenker etwa, dass die gesamte Aktivität der Partei nur in Hinsicht auf eine (auch von unten unterstützten) parlamentarische Mehrheit im bürgerlichen Parlament Sinn macht? Ich gebe zu, dass dies provokant formuliert ist. Aber genauso provokant ist die Behauptung, dass es außerhalb der “antimonopolistische Strategie” nur die “linksradikale” Leere gibt...

Ich behaupte, dass dies mehr über das Verständnis der Verteidiger der “antimonopolistischen Strategie” davon, was politische Aktivität bedeutet, aussagt, als über die Positionen der Kritiker des Konzepts. Ist das Wirken für ein soziales Bündnis der Arbeiterklasse mit den armen Schichten kein “reale[r] und pragmatische[r] Tätigkeitsansatz”? Ist der Aufbau von Parteizellen in Betrieben kein “reale[r] und pragmatische[r] Tätigkeitsansatz”? Ist die Organisation der Arbeiterklasse in klassenkämpferischen Gewerkschaften keine “reale[r] und pragmatische[r] Tätigkeitsansatz”? Ist die Organisation der Arbeiterklasse in anderen eigenständigen Widerstands-, Solidaritäts- und

Kampfformationen kein “reale[r] und pragmatische[r] Tätigkeitsansatz”? Ist das Benutzen der parlamentarischen Teilnahme als Volkstribüne ohne Absicht auf eine Regierungsbeteiligung kein “reale[r] und pragmatische[r] Tätigkeitsansatz”? Ist die tägliche Propaganda und Agitation gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie und für eine sozialistische Gesellschaft kein “reale[r] und pragmatische[r] Tätigkeitsansatz”? Ist der tägliche Kampf mit der Arbeiterklasse und dem Volk für ihre unmittelbaren Forderungen kein “reale[r] und pragmatische[r] Tätigkeitsansatz”? Ist der Aufbau ideologisch gefestigter und organisatorischer kompetenter Parteistrukturen in Stadt und Land kein “reale[r] und pragmatische[r] Tätigkeitsansatz”? Ist die Verbreitung der Aussicht auf eine revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu propagieren kein “reale[r] und pragmatische[r] Tätigkeitsansatz”? (Wofür kämpfen wir denn noch?)

Es steht keinerlei Zusammenhang zwischen “antimonopolistischer Strategie” und dem “realen und pragmatischen Tätigkeitsansatz”. Das gilt auch umgekehrt. Denn im Gegenteil zu Gen. Zenker glaube ich umgekehrt sehr wohl, dass eine Partei grundsätzlich auch dann sinnvolle Aktivitäten entwickeln kann, wenn sie das von mir kritisierte Konzept der “antimonopolistische Strategie” verfolgt. Sie wird erste Probleme haben, diese Aktivität für die richtige Sache einzusetzen, aber sie kann dennoch organisatorisch vieles schaffen. Dennoch wird sich die politische und historische Bedeutung solcher Bemühungen nur dann erweisen, wenn es zur Sache kommt: zur Auseinandersetzung mit den Mechanismen des Kapitals. Und da muss man schon klar sagen: parlamentarische Illusionen jeder Art sind äußerst gefährlich.

Schlusswort: Einige Bemerkung zum internationalen Zusammenhang der Diskussion

Eine kurze Erwähnung muss noch eine andere Sache finden. Wie auch aus einer kurzen Phrase am Ende des Artikels von Gen. Zenker (*T.Z.*, 11) hervorgeht, aber eine allgemeine Tendenz zu widerspiegeln scheint, besteht offensichtlich eine “Berührungsangst” mit Positionen anderer Partei. Man muss es “wagen” “den Elefanten im Raum” zu benennen: die in den letzten Jahren stattfindende ideologische und historische Aufarbeitung der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE). Ich werde hier nicht über ihre Positionen reden. Was ich aber schon ansprechen möchte, ist, dass zwei Sachen sehr problematisch sind.

Zum ersten, dass offensichtlich jede wirkliche Diskussion innerhalb der Partei oder auch im Gespräch mit anderen Kommunistischen Parteien über diese Po-

sitionen vermieden oder sogar abgelehnt wird. Man sieht offensichtlich eine "Bedrohung": die "Bedrohung" des fremden Einflusses. Dafür kann es viele Hintergründe geben, die womöglich auch individuell variieren könnten. Sicher ist aber, dass diese Haltung die PdA nur schädigen kann. Eine solche Diskussion hingegen kann nur positive Effekte auf alle Parteien haben. Man kann die eigenen Positionen klären oder bekräftigen, man kann etwas korrigieren, man kann etwas lernen. Wäre nämlich alles so klar, wie es Gen. Zenker präsentiert, dann würden innerhalb der internationalen Kommunistischen Bewegung nicht so große Unterschiede bestehen, was strategische Fragen angeht. Wenn man aber alles für geklärt hält, dann gibt es zwei Varianten: entweder glaubt man, dass Positionen anderer Parteien opportunistische Abweichungen darstellen oder man glaubt, dass es international keine wirkliche grundlegende gemeinsame Strategie geben kann, sondern diese von den "nationalen Besonderheiten" bestimmt werden. Wenn man ersteres glaubt, dann muss man das auch beweisen und vor allem auch klar aussprechen können – nicht unbedingt was konkrete Parteien betrifft, sondern wenigstens die politische Linien benennen. Was aber die zweite Variante angeht, dann muss man sagen, dass das einfach falsch ist. "Nationale Besonderheiten" können taktische Entscheidungen tatsächlich beeinflussen und können auch unterschiedliche Kampf- und Organisationsformen hervorbringen. Aber die Strategie ist nicht unterschiedlich, denn sie betrifft die grundlegende Ausrichtung der Partei. Es kann natürlich zwischen den KPs unterschiedliche Meinungen dazu geben, die sich theoretisch und vor allem in der Praxis als falsch oder richtig erweisen können, aber das bedeutet keineswegs das unterschiedliche Strategien gleichzeitig richtig sein können.

Das Zweite, was ich diesbezüglich bemerken möchte, betrifft wiederum die Argumentations- und Diskussionsweise, die in Verbindung mit dem Verweis auf das "Hinweisen auf heutige Positionen anderer Parteien" usw. steht. Es tut mir Leid, dies feststellen zu müssen, aber eine solche Herangehensweise kann als Zeichen für eine gewisse Respektlosigkeit gegenüber der in der Diskussion teilnehmenden Genossen und Genossinnen, die Kritik an der "antimonopolistische Strategie" ausüben, verstanden werden. Es wird suggeriert, dass Genossen und Genossinnen offensichtlich nur "fremde" Positionen reproduzieren, nicht ihre eigene Meinung vertreten, keine eigenständige Position und Argumentation formulieren. Auch wenn dies keineswegs im Artikel passiert und sich das auch klarerweise nicht auf Gen. Zenker bezieht, muss ich es dennoch erwähnen, um die Ernsthaftigkeit der Situation zu schildern, dass bedauerli-

cherweise sogar alte antikommunistische Klischees aufkamen: die "Moskautreuen" wurden von den "Athentreuen" ersetzt. Dies ist unerlaubt.

Was man offensichtlich nicht wahrnehmen möchte, ist, dass bis jetzt jeder Artikel zum Thema **eigenständige** Analysen und Meinungsäußerungen von Genossen und Genossinnen unserer Partei darstellen¹⁹. Wenn man diese einfach auf der Seite wischen zu können glaubt, indem man sie als "fremde Einflüsse" oder als "K-Gruppen"-tum zu diffamieren oder mit angebliche "alten Weisheiten" aus der Geschichte der KPÖ zu entgegnen versucht, dann handelt es sich um keine Diskussion, um keine ernsthafte Erarbeitung eines Kommunistischen Programms für die heutigen Umstände.

Niemand versucht in dieser Diskussion "die Erfindung des Rades neu zu diskutieren". Wenn man die *selbstkritische* (weil man genau nicht die "Herkunftslinie" der PdA "in ein ahistorisches Vakuum" verlegt) Aufarbeitung der Geschichte der internationalen und österreichischen Kommunistischen Bewegung als "Erfindung des Rades" betrachtet, dann wird man sich ewig im Kreis drehen. Wer nämlich keine Lehren aus der eigenen Geschichte, nicht einmal Lehren aus den heutigen Entwicklungen (siehe z.B. Venezuela, Portugal und nicht zuletzt Griechenland) ziehen möchte, wer glaubt, dass es nie Krisen ideologischer, politischer, strategischer Natur in der Geschichte unserer Bewegung gab, der weigert sich die Realität zu betrachten.

Wir werden nicht ewig diskutieren können. Das ist klar. Denn was wir wirklich vollbringen müssen, sind unsere praktischen Aufgaben. Dass diese wiederum mit der strategischen Ausrichtung nicht zu trennen sind, ist ebenfalls klar. Aber die Praxis wird unseren Diskussionen ein Ende geben bzw. neue eröffnen. Aber das wiederum produktiverweise nur dann, wenn man bereit ist, Konsequenzen aus der praktischen Erfahrung hier und anderswo zu ziehen.

Anmerkungen

- 1 Fortan: T.Z. und Seitenangabe.
- 2 Trotz der Kritik, die hier an den Artikel von Gen. Zenker ausgeübt wird, ist die Wichtigkeit der Tatsache hervorzuheben, dass Gen. Zenker die "antimonopolistische Demokratie" in der Programmdiskussion unserer Partei zu verteidigen versucht und somit in eine notwendige und wichtige Diskussion eintritt. Ich hoffe, dass sich die Diskussion auch nach diesem Artikel und zwar in der möglichst produktivsten Weise fortsetzt.
- 3 Es lohnt sich zu erwähnen, dass im Gegensatz zu Gen. Zenker, andere Genossen und Genossinnen eher dazu geneigt sind, die Kritik an die "antimonopolistische Demokratie" als "trotzkistisch" abzustempeln. Das ist insofern interessant, weil es zeigt, dass man sogar in mancher Hinsicht entgegengesetzte Vorwürfe gegen dieselbe Kritik benutzt. Das zeigt einfach, dass man mit bloßen Charakterisierungen nicht weiterkommt.
- 4 Wir müssen an dieser Stelle eine wichtige Bemerkung machen. Die damalige Strategie der KPÖ (aber auch anderer Parteien – vor allem in Europa) hatte auch eine wichtige Tatsache zur Voraussetzung, die heute nicht mehr besteht: das Bestehen der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten, die sich sogar unmittelbar an der Grenze Österreichs befanden. Dies erklärt vieles bezüglich der Hoffnung, dass eine "antimonopolistische Etappe" möglich sein könnte, da man auf eine viel breitere und effektivere Unterstützung rechnen konnte. Abgesehen von der Frage, ob eine solche Hoffnung damals berechtigt war, ist der heutige internationale Zusammenhang offensichtlich ein ganz anderer und lässt den Raum auf solche Hoffnungen verschwinden.
- 5 In Form einer sehr langen Fußnote, möchte ich einige Bemerkungen machen, die sich unmittelbar auf die Argumentationsweise im Artikel von Gen. Zenker beziehen.

Man stellt fest, dass den Leitfaden der Argumentation des Artikels ein historischer Rückblick ausmacht. Ein historischer Rückblick, der nicht nur sehr beschränkt ist, sondern in Wirklichkeit auch keinerlei Argument darstellen kann.

In diesem Rahmen stellt uns Gen. Zenker vor allem zwei Texte vor. Das KPÖ-Programm von 1982 und die Gründungs- und Grundsatzerklärung der PdA von 2013. Diese beiden Texte werden herangezogen, um zu zeigen, dass die "antimonopolistische Demokratie" die unbestrittene Grundlage der kommunistischen Strategie ausmache.

Was die Gründungs- und Grundsatzerklärung angeht, ist es notwendig, die Sache uns genauer anzusehen. Zweifellos sind dort Punkte enthalten, die auf eine antimonopolistische Orientierung dieser

Art hindeuten. Darüber hinaus müssen aber einige Sachen festgehalten werden. Zunächst darf nicht vergessen werden, dass die Erklärung schon im Rahmen der Kommunistischen Initiative (KI) verfasst wurde. Dies soll keineswegs die Rolle der KI oder die Wichtigkeit der Erklärung geringerschätzen. Ganz im Gegenteil. Es ist aber auch eine Tatsache, dass die PdA über die Strukturen und Personenkreis der KI hinausgewachsen ist. Es ist auch eine Tatsache, dass die Bearbeitung von theoretischen und praktischen Fragen im Rahmen der KI nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann. Man muss natürlich anerkennen, dass die Erklärung einstimmig am Gründungsparteitag der PdA angenommen wurde. Soll hier die Richtigkeit dieses Beschlusses in Zweifel gezogen werden? Nein. Das war die richtige Entscheidung des Parteitags. Dies aber als Totschlagargument in den weiteren Diskussionen über die Strategie der Partei zu verwenden, bedeutet den Dialog – und konkreter die Programmdiskussion – und damit jede Weiterentwicklung der Partei a priori verhindern zu versuchen. Denn damit übersieht man auch den wirklichen Charakter des Dokuments. Dieses nämlich als eine Art vorläufiges Parteiprogramm darzustellen ist nicht berechtigt. Das ist es nicht und es darf in keinem Fall als solches wahrgenommen werden. Und es muss auch gesagt werden: wenn in der Erklärung tatsächlich Punkte enthalten sein sollen, die programmatischen Charakter haben oder als programmatisch missverstanden werden können, dann spielt das keine Rolle. Denn auch wenn das Dokument aus Sicht einiger Genossen und Genossinnen einen programmatischen Charakter haben sollte, könnte dies an sich kein Argument gegen Kritik sein, die sich im Rahmen derselben Weltanschauung, wie das Dokument selbst, bewegt: den Marxismus-Leninismus.

Die Zustimmung als Argument dafür zu benutzen, um jede spätere Kritik oder Korrektur beschlossener Dokumente zu eliminieren, ist sehr problematisch. Denn es ist nun mal so, dass die Gründungs- und Grundsatzklärung eine wichtige Rolle bei der Gründung unserer Partei gespielt hat und dass ihre einstimmige Annahme ein starkes Zeichen gesetzt hat. Daraus aber ableiten zu wollen, dass sie vollkommen mangellos ist, kann vor allem einer jungen Partei nichts als Probleme in ihrer Entwicklung bereiten. Vielleicht nicht heute, aber sicherlich früher oder später. Und man muss sich auch was gestehen können: es kann negative, aber es kann auch positive Meinungsänderungen geben. Davon gibt uns die Geschichte der internationalen Kommunistischen Bewegung eine Menge Beispiele.

Wohl bemerkt war andererseits die strategische Richtlinie des KPÖ-Programms von 1982 tatsächlich die “anti-

monopolistische Demokratie”. Dass dies aber als Argument dargestellt wird, ist höchst befremdlich. Hier ist sicherlich nicht der Ort ausführlich über die historische und inhaltliche Bedeutung des KPÖ-Programms von 1982 zu diskutieren. Eine solche Diskussion ist dennoch absolut notwendig und sie wird definitiv auch an einem geeigneteren Zeitpunkt zu führen sein. Denn ganz im Gegensatz zu der Art und Weise der Darstellung in Gen. Zenkers Artikel, handelt es sich um eine viel komplexere historische Diskussion, die die Geschichte sowohl der österreichischen als auch der internationalen Bewegung betrifft.

Dazu wäre hier nur folgendes zu bemerken vielleicht notwendig: Was man zum Argument und zum Kriterium unserer Bearbeitungen machen muss, ist nicht allgemein die Geschichte, also die bloßen Tatsachen, sondern die historische Erfahrung, die Erfahrung, die wir aus der historischen Entwicklung gemacht haben. Das sind zwei ganz unterschiedliche Dinge. Dass die KPÖ 1982 dieses Programm hatte, besagt von selbst gar nichts. Die Tatsache, dass die PdA sich eindeutig auf die Tradition der KPÖ stellt, besagt zu dem betreffenden Thema ebenfalls gar nichts, denn dies besagt auch nichts zu unserer Haltung gegenüber dem Programm von 1982. Schließlich wurde die KPÖ 1918 und nicht 1982 gegründet. Das kann man nicht so einfach ignorieren. Aus welchem Grund 1982 zum Höhepunkt der österreichischen und internationalen Kommunistischen Bewegung erhoben werden kann, lässt sich von Gen. Zenkers Text nicht erschließen.

6 Im Gegenteil: man sollte gerade diesen Punkt hervorheben, aber nicht um das Konzept in dieser Form zu verteidigen, sondern um das Richtige und Wichtige zu behalten und das Ganze in eine andere Richtung zu lenken.

7 Es reicht nicht zu vergewissern, dass es nicht “um einen ‚parlamentarischen Weg‘ zum Sozialismus, um kein kontinuierliches Hinübergleiten in den Sozialismus, um nichts, das mit austromarxistischen, eurokommunistischen oder transformationsideologischen Ideen zu identifizieren wäre” (T.Z., 11) geht. Denn dadurch wird nicht klarer, aus welchem Grund das tatsächlich so unterschiedlich sein soll. Man darf nicht vergessen, dass auch der “Eurokommunismus” nicht von neuem den (mindestens verbalen) Bezug auf Klassenkampf und Sozialismus aufgab. Es gab einen Prozess der Degeneration und die Aufgabe heute ist, die Wurzel der Probleme zu entdecken und zu brechen.

8 Man müsste hinzufügen: “die politische Macht der als Staat organisierte Arbeiterklasse”, damit jede Missverständnisse vermieden werden.

9 Natürlich kann man diese Erfahrun-

gen unterschiedlich interpretieren. Es wäre auch notwendig diese historischen Beispiele konkret zu analysieren. Aber eines ist sicher: man muss sie bewerten und konkrete Schlüsse ziehen. Vielleicht findet man andere Begründungen der Niederlage als die hier vorgeschlagene, aber der Pflicht konkrete Antworten zu geben, kann man sich nicht entziehen. Einfach zu sagen: “es könnte sich auch anders entwickeln” ist keine Antwort.

10 Es geht nicht darum im Nachhinein die “Gescheiten” zu spielen, sondern, wie schon gemerkt, einfach Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.

11 Man kann hier auch Stalins Etappenkonzept in *Über die Grundlagen des Leninismus* heranziehen. Stalin spricht von ganz konkreten Etappen. Man sieht klar: Für Stalin gab es genauso wenig wie für Lenin eine Etappe zwischen Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats. Der Übergang von der einen Etappe zur anderen ist ebenfalls immer nur revolutionär zu begreifen. Charakteristisch ist auch, dass Stalin in der zweiten Etappe der “Niederwerfung des Imperialismus in Rußland und Ausscheiden aus dem imperialistischen Krieg” (also in gewisser Weise eine “antimonopolistische” Etappe) 1. als Hauptkraft der Revolution das Proletariat und als nächste Reserve die arme Bauernschaft, 2. als Richtung des Hauptschlags die “Isolierung der kleinbürgerlichen Demokratie”, 3. als Plan der Aufstellung der Kräfte das Bündnis des Proletariats mit der armen Bauernschaft” nennt und 4. das Resultat die Diktatur des Proletariats ist (Siehe J.W. Stalin, *Werke, Band 8*, 134-135).

12 Man kann sie meinetwegen auch “Etappen” nennen. Ich werde den Begriff aber vermeiden, einerseits damit es keine Verwechslungsgefahr besteht und andererseits weil der Begriff Etappe eine progressive Entwicklung impliziert und das ist keineswegs in einem revolutionären Prozess garantiert. Als Etappe kann man die bürgerliche Revolution – wie z.B. in Russland 1917 – aus diesem Grund schon bezeichnen, weil sie tatsächlich eine höhere Entwicklungsstufe darstellt. Ferner kann auch der Sozialismus, die sozialistische Revolution selbst als Etappe bezeichnet werden, weil sie in Wirklichkeit die Übergangsphase zum Kommunismus, das erste Stadium des Kommunismus ausmacht.

13 Die Tatsache, dass für die Bolschewiki bis 1917 kein anderes Programm außer das in 1903 beschlossene vorlag, bei dem die Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung nicht ausgeschlossen wurde, war der Grund, dass derartige Schwankung auch innerhalb der Partei entstanden. Lenins entschlossene und eindeutige Haltung, die zunächst die Minderheit unterstützte, konnte diese Schwankungen beenden.

14 Man sollte an dieser Stelle bemerken,

dass eine "antimonopolistische Strategie" ohne Bündnisse mit Teilen der Bourgeoisie schon möglich ist und dass es solche strategische Konzepte schon gegeben hat. In diesem Fall würde der antimonopolistische Charakter der Strategie weniger die soziale Zusammensetzung des Bündnisses betreffen als die politische Ausrichtung der Partei und des Bündnisses. Voraussetzung dafür wäre aber, dass man den Hauptwiderspruch nicht zwischen Monopole und "nicht monopolistische Schichten" setzt, was offensichtlich in der "antimonopolistischen Demokratie" nicht der Fall ist. Dass dieses alternative antimonopolistische Programm ebenfalls mangelhaft ist, beruht auf der Tatsache, dass man trotz der Verwerfung von Etappen und klassenübergreifenden Bündnissen die antimonopolistische Ausrichtung nicht zugleich als antikapitalistisch fasst und damit nicht die Notwendigkeit wahrnimmt, die Kampfformen, die der tägliche Kampf gegen das Monopolkapital annimmt, der Kritik und dem Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse selbst zu unterwerfen.

15 Man kann hier schon etwas bemerken, was in der Folge noch klarer formuliert werden soll: die ersten Maßnahmen haben tatsächlich einen vorwiegend *antimonopolistischen* Charakter. Das steht in keinem Widerspruch zur Kritik der "antimonopolistischen Strategie". Denn der wesentliche Unterschied liegt nicht darin, sondern darin, dass die Maßnahmen von einer revolutionären Arbeiter- und Volksmacht und nicht einer Koalitionsregierung im Rahmen des bürgerlichen politischen System durchgeführt werden.

16 In diesem Rahmen ist auch die "Volksfrontstrategie" zu bewerten. Sofern die Volksfront als eine der Kampfformen gegen den Faschismus gesehen wird, be-

steht kein grundsätzliches Problem. Der historische Fehler – sowohl während als auch nach dem Ende des Kampfes gegen den Faschismus – bestünde aber darin, diese zur allgemeinen Strategie der kommunistischen Bewegung zu erheben. Schon unmittelbar nach dem Sieg über den Faschismus zeigten sich die Konsequenzen dieser falschen Auffassung. Statt – in Ländern wo dies objektiv möglich war – die Macht zu ergreifen, hat man mit verheerenden Konsequenzen auf das Bündnis mit "antifaschistischen" bürgerlichen und sogar imperialistischen Kräften und auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie – mit der Stoßrichtung natürlich, dieser einen antimonopolistischen, antiimperialistischen, antifaschistischen Charakter zu verleihen – als Etappe bestanden. Ein charakteristisches Beispiel machen die Ereignisse in Griechenland unmittelbar nach dem siegreichen nationalen Befreiungskampf aus. Die Verallgemeinerung dieser Linie in der Nachkriegszeit machte schließlich auch die Grundlage für die Entwicklung der "antimonopolistischen Demokratie" und ähnlicher Konzepte aus.

17 An dieser Stelle ist eine Klarstellung nötig: die erste Sowjetregierung aus Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären nach der Oktoberrevolution darf weder als Regierungsbeteiligung noch als politisches Bündnis im Rahmen der bürgerlichen Demokratie verstanden werden. Es handelte sich um eine politische Zusammenarbeit im Rahmen der *Sowjets*: den Vertretungskörper der Arbeiter, Soldaten und Bauern, der die Macht an sich gerissen hat: die Verkörperung der Arbeiter- und Volksmacht. Es handelte sich also um eine Arbeiter- und Volksregierung, die den bürgerlichen Staatsapparat zerstören und ablösen sollte und nicht um eine Regie-

rung, die diesen verwalten soll.

18 Diese letzte Forderung ist besonders hervorzuheben, weil hier eine ernstere Gefahr enthalten ist. In einem monopolkapitalistischen Staat, einem Staat, der Teil und Partner von wirtschaftlichen und militärischen imperialistischen Bündnissen ist, "nationale Unabhängigkeit" zu propagieren, ohne diese unmittelbar mit dem Sozialismus zu propagieren, bedeutet die eigene Bourgeoisie zu verharmlosen. Wenn behauptet wird, dass Österreich, das kapitalistische, imperialistische Österreich keine "nationale Unabhängigkeit" hat, wird nicht etwa suggeriert, dass die eigene Bourgeoisie unter der "Abhängigkeit" fremder Kapitalisten "leidet"? Natürlich gibt es Verflechtungen, natürlich gibt es vielseitige Abhängigkeiten. Das ist aber kein Zustand, den man willkürlich aufheben kann. Solange das Kapital im Land herrscht, wird es im globalen imperialistischen System eingefügt sein. Das kann keine "antimonopolistische" Regierung ändern. Und ja, natürlich gibt es keine nationale Unabhängigkeit für die Arbeiterklasse und das Volk. Warum aber? Weil eben das einheimische und fremde Kapital im Lande herrscht. Diese nationale Unabhängigkeit ist aber kein allgemeiner, klassenneutraler Begriff und solche Begriffe könnte diese Abhängigkeit nicht aufheben. Nationale Unabhängigkeit für das Volk kann es nur geben, wenn sich das Proletariat "zur nationalen Klasse" erhebt.

19 Wie z.B. der Artikel von Gen. Gerfried Tschinkel, der ebenfalls in der letzten *Einheit und Widerspruch* erschienen ist, "Monopolkapital und Kleinunternehmertum in Österreich", in dem die "antimonopolistische Demokratie" aus ökonomischer Sicht untersucht und kritisiert wird.

Regulierungskrise 2007 ff.

Der nachfolgende Text wurde im März 2015 als Beitrag für die Programmdebatte verfasst. Manche Daten und auch Fakten sind nicht mehr auf dem neusten Stand, dennoch bleibt der Text in seinen Grundzügen aktuell.

Die gegenwärtige Krise kann als Regulierungskrise des Kapitalismus verstanden werden. Es ist zu solchen Disproportionen in der Volkswirtschaft gekommen, sowie zu einer massiven Überakkumulation an Kapital, dass diese im Rahmen einer gewöhnlichen zyklischen Krise nicht überwunden werden können. Dafür, dass wir es gegenwärtig mit einer Regulierungskri-

se des Kapitalismus zu tun haben, spricht, dass nicht nur die Struktur des Reproduktions- und Verwertungsprozesses in die Krise geraten ist, sondern auch, dass die Funktionsfähigkeit des bisherigen Regulierungsmechanismus versagt hat. Der Regulierungsmechanismus blockierte Ausgleichsprozesse im Reproduktionsprozess. Dies bezieht sich im Kern auf die kapitalistischen Zentren, wengleich die Krise von globaler Dimension ist und auch die „Schwellenländer“, sowie die ärmsten „Entwicklungsländer“ von der Krise betroffen waren. Allerdings konnten die „Schwellen- und Entwicklungsländer“ des Südens die Auswirkungen der Krise begrenzen und kehrten alsbald annähernd

zum alten Wachstumspfad zurück, während die entwickelten kapitalistischen Ländern bis heute an den Folgen der Krise laborieren, die insbesondere auch in den Ländern der Europäischen Union alles andere als ausgestanden ist.

Unter Regulierung verstehen wir die Regelung der Gesamtheit der Produktions- und Austauschbeziehungen. Sie betrifft die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit entsprechend der qualitativen Gliederung und der quantitativen Proportionalität der Ökonomie. Sie betrifft also die stoffliche und wertmäßige Proportionalität des Reproduktionsprozesses. Die Regulierung ist eine Funkti-

on des jeweiligen Produktionsverhältnisses die sich durch die Ausbildung eines bestimmten Regulierungsmechanismus durchsetzt. Im Kapitalismus erfolgt die Regulierung durch das Zusammenwirken ökonomischer Gesetze. Der zentrale Regulierungsmechanismus im Kapitalismus ist das Wertgesetz, welches die Verteilung der Gesamtarbeit spontan regelt. Die Wirkungsweise und die Form der Regulierung und des Regulierungsmechanismus sind im Laufe der kapitalistischen Entwicklung und der Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit Anpassungen unterworfen. Einschneidende Veränderungen in den Anforderungen an die Proportionalitätserfordernisse führen zur Verschärfung des Widerspruchs von Produktionsverhältnis und Regulierungsmechanismus. Was bisher in der Umwälzung der Produktivkräfte und der Erhöhung des Vergesellschaftungsgrades, der Umwälzungen der Reproduktionsstrukturen und in einer Änderung und Anpassung des Regulierungsmechanismus, die einen Proportionalitätserfordernissen entsprechende Verteilung von Arbeit und Kapital bewirken sollen, resultierte. Unter Regulierungsmechanismus wird auch die staatsmonopolistische Form kapitalistischer Wirtschaftsregulierung gefasst, die dazu beitragen soll, Grundstrukturen des Reproduktionsprozesses herbeizuführen, die den Anforderungen der Produktivkräfte entsprechen, sodass das Kapital verwertungsfähig bleibt und ein „normales“ Wachstum der Ökonomie möglich wird.

Bisher gab es drei Regulierungskrisen welche jedes mal eine historische „Bruchstelle“ in der kapitalistischen Entwicklung markierten. Die erste brach mit der zyklischen Überproduktionskrise der Jahre 1873 bis 1875 aus und bestimmte die wirtschaftliche Entwicklung bis zur Mitte der 1890er Jahre. Sie erzwang den Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz hin zum Monopolkapitalismus. Die zweite kapitalistische Regulierungskrise begann mit der großen Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932 und setzte sich in der Periode der „Depression besonderer Art“ bis zum Anfang des zweiten Weltkriegs fort. Sie hatte die Verbindung der Macht der Monopole mit der des Staates zu einem einheitlichen staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus zur Folge. Zu Beginn der 1970er Jahre kam es zur dritten Regulierungskrise. Der Anpassungsspielraum der Produktionsverhältnisse wurde geringer. Es kam zu einer Anpassung innerhalb der Grundqualität des staatsmonopolistischen Kapitalismus, zur zunehmenden Internationalisierung des Monopolkapitals, zur Herausbildung neuer Formen der internationalen, kapitalistischen Koordinierung und zum Bedeutungsgewinn der Finanzmärkte, ihrer zunehmenden Verselbstständigung als

Voraussetzung des internationalen Monopolisierungsprozesses usw. usf.

Wir sind der Ansicht, dass die bisherige kapitalistische Entwicklung an innere Schranken gestoßen ist, sodass Umwälzungen in Reproduktionsstruktur und Produktivkraftentwicklung, aber auch Anpassungen im bisherigen Regulierungsmechanismus erforderlich werden. Dabei bleibt es aber bei der Regulierung und Umverteilung im Interesse der großen finanzkapitalistischen Monopole. Die bisherige Strategie, den Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals durch das Ausweichen auf die Finanzmärkte entgegenzuwirken, wird beibehalten. Auch die aktuelle Regulierungskrise verbleibt innerhalb der Grundqualität der staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse. Dabei weist die imperialistische Akkumulationsdynamik eindeutige Erschöpfungstendenzen auf. Die Fäulniserscheinungen des Imperialismus treten heute immer offensichtlicher zu Tage. Strukturelle Massenarbeitslosigkeit, stagnierende Produktion und gigantische Staatsverschuldung sind Folgen davon. Generelle Umbrüche in Reproduktionsstruktur und Produktivkraftentwicklung haben noch nicht stattgefunden, oder zeichnen sich zumindest nur allmählich ab, was auch für die besondere Tiefe der aktuellen Krise spricht. So wird die Stagnationstendenz durch den Umstand verstärkt, dass sich die Krise mit dem Auslaufen des mikroelektronischen und informationstechnischen „Kondratieff-Zyklus“ überschneidet, um es im Rückgriff auf die „Lange Wellen“-Theorie zu formulieren.

Langfristige Ursachen der Krise

Der Kapitalismus ist in eine tiefe und sehr lang anhaltende Verwertungskrise geraten, welche mit fallenden Profitraten und einer Überakkumulation von Kapital einhergegangen ist. Ein Überangebot an Geldkapital sorgte in der Vergangenheit für niedrige Zinssätze, welche die Verschuldung beförderten und zur Blasenbildung beitrug. Die Ausgabe von immer neuen Krediten überdeckte die Nachfrageleücke, welche Ausdruck der stagnierenden Ökonomie ist. In der Krise von 2007 ff. offenbarte sich das Missverhältnis zwischen den Ansprüchen des zinstragenden Kapitals und den Möglichkeiten der Mehrwertproduktion. Die Fähigkeit, finanzielle Forderungen zu bedienen, wurde von zwei Seiten her untergraben. Die Überschüsse des realen Akkumulationsprozesses gingen zurück und gleichzeitig stiegen die Forderungen von finanziellen Investoren. Dies musste zu einer vorübergehenden Entwertung des fiktiven Kapitals führen. Aufgrund des Kursverfalls der Wertpapiere mussten Investmentbanken

aber auch Geschäftsbanken erhebliche Verluste hinnehmen, weshalb sie die Kreditvergabe einschränkten. Doch geriet der Kreditmechanismus auch von Seiten der Produktion unter Druck. Die Unternehmen konnten aufgrund der Stockungen in der Produktion Kredite nicht mehr bedienen, auch deshalb mussten die Banken ihre Kredite drosseln. Während die Produktion ins Stocken geriet stiegen so die Kreditzinsen. Die auf die Finanz- und Kreditkrise folgende „Staatschuldenkrise“ hat eine ihrer Ursachen darin, dass die Banken für Verluste entschädigt wurden, bzw. dass die Mehrwertansprüche des Kapitals weiterhin bedient wurden und werden. Die Krise der Staatsverschuldung, verstärkt durch die ungleichmäßige Entwicklung in der Euro-Zone, welche hohe Defizite in einigen Ländern verursachte, spitzte sich schließlich zu einer Krise der Währungsunion zu, welche ihre Existenz in Frage stellte.

Fallende Profitraten

In der Krise offenbarte sich das Problem der Überakkumulation von Kapital, welches 2009 schließlich zu einem starken Einbruch der Produktion führte. Vorausgegangen war dieser Entwicklung ein starker Fall der Profitrate. Fallende Profitraten sind Ausdruck für eine Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals. Eine absolute Überakkumulationssituation tritt dann ein, wenn jede weitere Akkumulation des Kapitals keine weitere Mehrwertsteigerung zustande bringt oder gar weniger Mehrwertmasse produziert wird als vor dem Wachstum des Kapitals. Es tritt dann ein starker Fall der Profitrate ein. Zwischen dem zweiten Viertel des Jahres 2007 und dem letzten Viertel des Jahres 2008 fand in den USA ein starker Rückgang bei den Profiten statt. Und zwar von 1003 Milliarden USD auf 283 Milliarden USD. Bei der Untersuchung der Profitrate macht es aber einen Unterschied, ob man den Profit in Relation zu dem Kapital das in Vergangenheit in Produktionsmitteln angelegt wurde (minus der Abschreibungen) setzt, oder ob man den Profit ins Verhältnis zu den aktuellen Kosten setzt, welche den Ersatz der alten durch neue Produktionsmittel decken. Naheliegender ist zunächst die erste Art der Berechnung, da sie Auskunft darüber gibt, wie sich das Kapital, welches für den Produktionsprozess verausgabt wurde, verwertet. Dies allein ist auch ausschlaggebend für den Erfolg eines Unternehmens. Andrew Kliman zeigt für die USA, dass die Profitrate seit den späten 1950er-Jahren im Fallen begriffen ist und dass die Profitrate auch nach dem ökonomischen Einbruch Mitte der 70er- und Anfang der 80er-Jahre nicht signifikant gestiegen ist. Zwischen 1982 und 2001 fiel die Profitrate (bezogen auf den Profit nach Abzug der Steuern) um

26,9 Prozent. Im Zuge der Krise sanken die Profitraten wiederum stark. Zu einem davon abweichenden Ergebnis kommt man, legt man die Profitraten als Verhältnis der Profite zu den aktuellen Kosten für Ersatzinvestitionen aus. Diese Profitratenberechnung gibt Auskunft darüber, ob sich die Investitionsbedingungen verbessern oder verschlechtern, da das Augenmerk auf Neuinvestitionen gerichtet ist, welche dazu führen sollen, die alten Produktionsmittel durch neue und auch effizientere zu ersetzen. Zwischen 1982 und 1997 stieg diese „Profitrate“ um 44 Prozent, fiel aber zwischen 1997 und 2001. Bis 2006 stieg diese Profitrate jedoch wieder an, um im Zuge der Krise aber wieder zu sinken. Dass beide Phänomene nebenher existieren können, eine generell fallende Profitrate und eine steigende Profitrate berechnet auf die Neuanlagen, hat damit zu tun, dass ein zusätzliches Kapital eine zusätzliche Profitmasse derart erbringen kann, dass die Profitrate berechnet auf dieses Zusatzkapital steigt, während berechnet auf das bisher engagierte Kapital, dieses zusätzliche Kapital keine allgemeine Steigerung der Profitrate bewirkt.

Verlangsamte Akkumulation

Gleichzeitig mit dem Fall der Profitrate (Profit in Relation zu dem Kapital das in Vergangenheit in Produktionsmitteln angelegt wurde) verlangsamte sich die Kapitalakkumulation. Beides geht Hand in Hand. Dennoch führt gerade die verlangsamte Akkumulationsdynamik zu einer Umschichtung der Profite hin zu Investition in Finanztitel.

Überschüssiges Geldkapital

Das Wachstum anlagesuchenden Geldkapitals geht somit auch auf die zunehmenden Schwierigkeiten der Verwertung des Kapitals in der Produktion zurück. In den letzten Jahrzehnten ist der Anteil der Investitionen an den Profiten beständig zurückgegangen. Dem verlangsamten Wachstum der Realökonomie steht die explosionsartige Aufblähung der Finanzsphäre gegenüber. Die Finanzsphäre entfernt sich über den Zyklus hinaus von ihrer materiellen Grundlage im Reproduktionsprozess. Dabei gilt die Krise der 1970er und Folgejahre als einschneidendes Moment. In den zyklischen Überproduktionskrisen der Jahre 1974/75 und 1980/82 konnte trotz der enormen Kapitalentwertung das relativ überschüssige Kapital nicht so weit abgebaut werden, dass dadurch ein erheblicher konjunktureller Aufschwung begünstigt hätte werden können. So haben sich seit den frühen 1980er Jahren der Aktienindizes in den USA und in Deutschland etwa mehr als verzehnfacht, während sich das Investitionswachstum über weite Strecken verlangsamt hat und deutlich

hinter dem Anstieg der Unternehmensgewinne zurückgeblieben ist. Die Aufblähung der Finanzsphäre kann jedoch nicht ausschließlich über nicht wieder direkt in die Akkumulation eingehende Profite erklärt werden. Diesen Schluss legt schon die Tatsache nahe, dass die Finanzmärkte bei weitem rascher wachsen als die Realakkumulation. Von 1996 bis 2006 wuchs das globale Finanzvermögen mit einer jährlichen Rate von 9,1 Prozent, wohingegen das globale BIP um jährlich 5,7 Prozent wuchs. Diese Entwicklung muss vor allem auch auf die Fähigkeit der Finanzmärkte zurückgeführt werden, Kreditgeld in gewaltigem Umfang zu schöpfen. Den spekulativen Finanztransaktionen liegt die Gewährung immer neuen Kredits seitens der Finanzkonzerne zugrunde. Die Akkumulation von Ansprüchen auf den Mehrwert konnte über einen längeren Zeitraum hinweg relativ unabhängig von der realen Akkumulation ausgedehnt werden. Gleichwohl erhöht sich der Druck auf das produktiv fungierende Kapital die Mehrwertansprüche zu bedienen. Fallendes Zinsniveau

In den letzten Konjunkturzyklen ist die Durchschnittsrate des Zinses beständig gefallen. Dies war Folge des enormen Kapitalüberschusses, der nicht ausreichend produktiv verwertet werden konnte. Das gefallene Zinsniveau ist Ausdruck eines Überschusses an Geldkapital und hängt auch zusammen mit dem tendenziellen Fall der Profitrate. Je niedriger die Profitraten sind, zu desto niedrigeren Zinsraten kann sich das Geldkapital verwerten. Es sinkt die Bereitschaft und die Fähigkeit des produktiv fungierenden Kapitals hohe Zinsen zu bedienen. Nicht nur der Geldmarktsatz für Dreimonatsgeld weist seit den letzten Jahrzehnten eine eindeutige Tendenz zum Sinken auf, sondern auch der langfristige Zinssatz für Staatsanleihen. Der Realzins auf Staatsanleihen der G10 Staaten fiel von etwa 7 Prozent im Jahre 1984 auf 1,39 Prozent im Jahre 2008. Die Realzinsen für langfristige Anleihen lagen von 2000 bis 2007 in Deutschland bei 4,16 Prozent gegenüber 8,05 Prozent in den Jahren 1973 bis 1980. In den USA lag der langfristige Zinssatz bei 4,7 Prozent in den Jahren 2000 bis 2007 gegenüber 6,7 Prozent in den Jahren 1991 bis 2000 und in Japan lag dieser Zins bei 1,46 Prozent in den Jahren 2000 bis 2007 gegenüber 3,71 Prozent in den Jahren 1991 bis 2000.

Nachfrageschwäche

Die verlangsamte Akkumulationsdynamik aufgrund der Verwertungsschwierigkeiten zog eine schwache gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach sich. Zumal die Löhne niedrig gehalten und Sozialausgaben gestrichen wurden. Die Lücke zwischen den Produktionsmöglichkeiten und der

zurückbleibenden Nachfrage wurde immer größer. Die Wachstumsschwäche seit den 1970er Jahren „wurde zwar partiell durch die explosionsartige Zunahme der Verschuldung (...) verschleiert, d.h. aufgrund immensen Kreditaufnahmen konnte für die erstaunlich lange Periode von drei Jahrzehnten die Wachstumsabschwächung teilweise latent gehalten werden. Das Wachstum reichte jedoch seit Anfang der 1980er Jahre nicht mehr aus, um den Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zu verhindern (...).“⁴¹

Reproduktionsstruktur

Die im Zuge der Krise zur Geltung kommenden Disproportionen in der Wirtschaft haben sich in einer beträchtlichen Zunahme der Überakkumulation von Kapital niedergeschlagen. Der Kapitalüberschuss tritt dabei in verschiedenen Formen auf, so in der Überakkumulation von fixem Kapital, in Gestalt von nichtausgelasteten Produktionskapazitäten, bis hin zu der Form eines Überschusses von anlagesuchendem Geldkapital. Dem gegenüber steht eine schwache Nachfrage. Die Krisenentwicklung verläuft jedoch in verschiedenen Ländern unterschiedlich und bringt auch unterschiedliche Wirtschaftswachstumsdynamiken hervor. In einigen Ländern scheint sich die Situation (vorerst) einigermaßen entspannt zu haben, so war in den USA seit 2010 das Wirtschaftswachstum positiv und lag zuletzt im Jahr 2013 bei 2,2 Prozent. Auch Länder der EU verzeichnen teils positive Wachstumsergebnisse, in Deutschland etwa wurde das Wirtschaftswachstum 2014 mit 1,5 Prozent veranschlagt, 2013 betrug es 0,1 Prozent, während in der Eurozone ein Negativwachstum von 0,1 Prozent erzielt wurde und das Wachstum auch für 2014 nur mit 0,8 Prozent veranschlagt wird. 2013 wiesen unter anderem Länder wie Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Zypern und Slowenien einen Rückgang in der Wirtschaftsleistung (sinkendes Bruttoinlandsprodukt) und somit eine Rezession auf.

Die Frage ist, ob die Disproportionen in der Ökonomie auf absehbare Zeit überwunden werden, sodass sie den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechen, ein „normales“ Wachstum erreicht ist und realisierte Profite wieder überwiegend mehrwerterhöhend angelegt werden können. Ein Indikator für die Überakkumulation von fixem Kapital ist der sogenannte Output Gap. Er misst die Differenz vom realisierten Bruttoinlandsprodukt zum Produktionspotential. Sind die Produktionskapazitäten nicht voll ausgelastet, ist der Output Gap negativ. 2009 war die Produktionslücke der entwickelten kapitalistischen Länder erstmals seit 2003 wieder negativ. Sie betrug -4,5 Prozent.

Seither ist die Produktionslücke etwas geringer geworden. 2011 betrug sie -2,6 Prozent. 2013 betrug sie -3 Prozent. Nach Schätzungen des IWF beträgt sie für das Jahr 2014 immer noch -2,5 Prozent. In den USA ist die Produktionslücke sogar größer als in der Euro-Zone. In den USA betrug sie 2013 -4,4 Prozent, während sie in der Euro-Zone -3 Prozent betrug. Das bedeutet, dass zu viel Kapital in Produktionsmittel investiert wurde, welches dabei ist zu entwerten, indem Anlagen still gestellt werden, sodass die Akkumulation des produktiven Kapitals ins Stocken gerät. Aber auch eine Entwertung der Elemente des Kapitals findet statt und schafft teils günstigere Ausgangsbedingungen für Investitionen. Zwar gingen im Euroraum die Preise für Vorleistungsgüter zwischen August 2014 und Jänner 2015 beständig zurück, über denselben Zeitraum zogen aber die Preise für Investitionsgüter an, was dazu beiträgt, dass Neuanschaffungen von Produktionsmitteln verhalten bleiben. Die Krise sorgte aber insbesondere für einen Verfall der Ölpreise. Dies wirkt auch belebend auf die Konjunktur. Einerseits hat das schwache globale Wirtschaftswachstum die Nachfrage nach Öl gedämpft. Andererseits ist das Angebot durch verschärften globalen Wettbewerb deutlich gestiegen. Dank der Fracking-Technologie fördern die USA immer mehr Öl. Gleichzeitig weigerte sich Saudi-Arabien, seine Ölexporte zu reduzieren, wie die Regierung es sonst zu Zeiten eines Überangebots getan hat. Darin spiegelt sich auch ein Preiskrieg wider, den Saudi-Arabien und die USA gegen den Iran, Venezuela und Russland führen. Hinzu kommt, dass die EU- und US-Sanktionen gegen Russland auch auf die Ölindustrie abzielen. So wurde Russlands größter Ölkonzern Rosneft von den westlichen Kapitalmärkten ausgeschlossen. In Libyen und Irak läuft die Ölförderung weiter. Energieproduzenten verbessern ihre Produktionstechniken und nutzen verstärkt Informationstechnologie, um die Kosten zu drücken. Die Industrie wird immer effizienter - was die Phase des Überangebots sogar verlängern könnte.

Auch schafften die Zentralbanken günstigere Ausgangsbedingungen für eine stärkere Kreditnachfrage, indem sie die Zinsen drastisch senkten und damit die Marktbewegungen nachvollzogen. Doch scheint dies derzeit zumindest im Euroraum nicht zu gelingen. Die Kreditkonditionen der Banken lockern sich nur zaghaf und die Kreditnachfrage in der Euro-Zone bleibt verhalten. Die Nettokreditnachfrage von Unternehmen die damit Investitionen finanzieren, war im letzten Viertel 2014 erstmals seit 2011 wieder signifikant positiv und lag bei 11 Prozent. Die Nettokreditnachfrage ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Prozentsatz an Banken die

einen Anstieg der Nachfrage verzeichnen und den Banken die einen Rückgang verzeichnen. Generell stocken die Neuinvestitionen. Die Investitionen gingen in den entwickelten kapitalistischen Ländern 2008 gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Prozent zurück. 2009 betrug der Rückgang 11,6 Prozent. Seither wachsen die Investitionen nur schwach, zwischen 2010 und 2013 im Durchschnitt nur um 1,8 Prozent. Von 1996 bis 2005 betrug das Wachstum der Investitionen durchschnittlich 3,5 Prozent. Aber während in den USA die Investitionen stärker anziehen, zwischen 2010 und 2013 um durchschnittlich 3,2 Prozent, gingen die Investitionen in der Eurozone sogar zurück, zwischen 2010 und 2013 um -1,4 Prozent. In der Euro-Zone und der gesamten EU stagniert die industrielle Produktion (die Entwicklung des Outputvolumens) seit 2010 auf einem niedrigen Niveau, nachdem sie 2008 und 2009 massiv eingebrochen war.

Dem gegenüber steht die weitere Aufblähung der Finanzsphäre. Das weltweite Finanzvermögen machte im Jahr 2007 206 Billionen US-Dollar aus. Zwar unterbrach die Finanzkrise von 2008 diesen Trend kurzzeitig und das fiktive Kapital wurde entwertet, doch wuchsen die Finanzvermögen weiter an. 2008 ging das Finanzvermögen zwar krisenbedingt um 8,3 Prozent zurück, also um 17 Billionen Dollar. 2009 stieg dieses aber bereits wieder auf 206 Billionen Dollar an, somit wurde der Verlust vollständig wettgemacht. Ende 2010 waren es bereits 219 Billionen Dollar, die weltweit nach profitablen Anlagemöglichkeiten suchten. Bis 2012 ist das Finanzvermögen noch weiter auf 225 Billionen Dollar angewachsen. Allerdings hat sich das Wachstum verlangsamt. Betrug die jährliche Wachstumsrate des globalen Finanzvermögens von 2000 bis 2007 noch 8,1 Prozent, so in den Jahren von 2007 bis 2012 „nur noch“ 1,9 Prozent. Beides, eine schwache Realakkumulation und wachsende Finanzvermögen, begünstigen die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus.

Produktivkräfte

Neue Wachstumsimpulse, welche von einer entsprechenden Produktivkraftentwicklung getragen sind, sind derzeit noch nicht eindeutig auszumachen. Mit dem Auslaufen des mikroelektronischen und informationstechnischen „Kondratieff-Zyklus“ stellt sich die Frage nach Umwälzungen in der Produktivkraftentwicklung, die einen neuen „Aufschwung“ begünstigen können. Der Aufschwung, gemäß der Theorie der Langen Wellen, ist verbunden mit Innovation und Expansion, getragen von bestimmten Leitsektoren. Sobald sich dieser abschwächt und an die Grenzen der Erneuerung stößt, tritt die Phase des Abschwungs ein. Im Abschwung erlebt die

Wirtschaft nicht nur Kontraktion, es bildet sich bereits auch die technologische und sektorale Antriebskraft heraus, welche die nächste Phase des Aufschwungs trägt. Zum Beispiel wird die dritte Kondratieff-Welle in Verbindung gebracht mit dem Zeitalter der Stahlproduktion, der Elektrizität und der Schwerindustrie. Die vierte Welle geht einher mit Ölproduktion, Automobilindustrie und Massenerzeugung. In der fünften Welle wiederum dominieren Informations- und Telekommunikationstechnologien. Der Abschwung eines Kondratieff-Zyklus ist im Übrigen weitestgehend übereinstimmend mit den Umbrüchen welche die Regulierungskrisen hervorbringen. Was naheliegend ist, da in Regulierungskrisen die bisherigen Reproduktionsstrukturen an ihre Grenzen stoßen, bedingt durch eine ungünstige organische Zusammensetzung des Kapitals, sodass sich die Verwertungsbedingungen verschlechtern. Damit die Verwertungsbedingungen verbessert werden können, muss es zu einer Umwälzung in den Produktivkräften kommen, welche es ermöglicht, die Akkumulation auf effizienterer Grundlage voranzutreiben. Dies ist verbunden mit einer Umwälzung in der Reproduktionsstruktur, welche den Proportionalitätserfordernissen entspricht, und welche so mit den Produktivkraftanforderungen übereinstimmt, dass ein „normales“ Wachstum erreicht werden kann.

Bisher hat keine grundlegende Umwälzung in der Produktivkraftentwicklung stattgefunden, welche das Wachstum der Wirtschaft entschieden vorantreibt, doch bilden sich auch schon Technologien heraus, die eine solche Umwälzung begünstigen könnten. So sind neuartige Fertigungsmaschinen mit Prozessoren, Sensoren und Funkverbindungen ausgestattet. Sie kommunizieren selbstständig miteinander und mit den Produkten, die sie fertigen. Sie organisieren sich selbst und optimieren ihre Abläufe: Die smarten Maschinen überprüfen selbst die Lager- und Produktionsstände, bestellen nach, rüsten um. Auch auf Störungen und Ausfälle wird rasch, flexibel und selbsttätig reagiert. Das Ganze läuft bereits unter dem Begriff Industrie 4.0 an. „Mit Industrie 4.0“, so formuliert es Henning Kagermann, Präsident der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften acatech, „haben wir nach der Mechanisierung der Fertigung im 18. Jahrhundert, der arbeitsteiligen Massenproduktion durch Einführung des Fließbands im 19. Jahrhundert sowie dem Einsatz von Elektronik und IT zur Automatisierung in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts, nichts weniger als die vierte industrielle Revolution eingeleitet. Industrie 4.0 wird die umfassende Individualisierung von Produkten ermöglichen und dabei Fertigung, Handel und Vertrieb radikal verändern.“ Doch bisher bleibt die Einführung der neuen Produktivkräf-

te noch verhalten. In Deutschland ergab 2014 eine Unternehmerbefragung, dass der Begriff „Industrie 4.0“ bislang nur 57 Prozent aller befragten Personen bekannt ist. Etwa ein Drittel der befragten Betriebe, denen der Begriff bekannt ist, haben bereits heute Maschinen und Anlagen mit eingebetteten, vernetzten Systemen (CPS) in Verwendung. Moderne Produktionssysteme (z.B. Industrieroboter) oder dezentrale Anlagen (z.B. Windkraftanlagen) sind Anwendungsbeispiele. Die zunehmende Vernetzung von Objekten in Fertigungsprozessen wird auch bei Transporttechnologien oder Produkten deutlich, die bei etwa einem Viertel der befragten Betriebe – häufig mittels RFID – Informationen übertragen können. Auch CPS-Plattformen, die die Daten der vernetzten Objekte sammeln, aufbereiten und analysieren, finden bereits bei einigen Unternehmen Anwendung. Viele Unternehmen haben demnach erste Schritte zu einer vernetzten Fertigung getan. Doch in den USA ist dieser Prozess zu effizienteren Produktionsverfahren schon weiter fortgeschritten. Der US-Konzern GE hat unter der Bezeichnung „Industrial Internet“ eine große Forschungsinitiative losgetreten, die nicht nur die Fertigung, sondern die gesamte industrielle Infrastruktur intelligent vernetzen will. Und die US-Regierung bewilligte allein bis 2013 zwei Milliarden US-Dollar für ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm zum Thema „Advanced Manufacturing“, dem amerikanischen Pendant zu Industrie 4.0. Diese Summe ist etwa das zehnfache dessen, was die deutsche Regierung bis dahin in die vergleichbare Forschung steckte. Die europäische Industrie ist somit ins Hintertreffen geraten. Bei der Entwicklung smarterer Systeme vertraut man auf Maschinen und Technologie aus dem asiatischen und dem US-amerikanischen Raum. Im US-Technologiesektor sorgen steigende Investitionsausgaben und neue Innovationen für steigendes Wachstum. So kommen viele technologische Innovationen aus den USA. Etwa im Bereich des mobilen oder drahtlosen Internets, ebenso beim 3D-Druck, fahrerlosen Autos, fortgeschrittener Robotertechnik, Energieexploration, Advanced Materials, künstlicher Intelligenz, Bio- oder Nanotechnologie. Manche dieser technologischen Innovationen könnten die Produktivkraftentwicklung durchaus vorantreiben. Dem steht entgegen, dass sich bisher noch keine grundlegend neue Reproduktionsstruktur herausgebildet hat, und dass sich die Verwertungsbedingungen des Kapitals nicht durchgehend verbessert haben. Vor allem in der EU hat sich eindeutig noch keine Erholung der Verwertung eingestellt. In den USA jedoch verläuft die Entwicklung der Kapitalakkumulation günstiger, wenngleich die Überkapazitäten in der Produktion hoch bleiben. Die kapitalistischen Staaten fördern jedoch die neuen Produktivkraftpotentiale, um die Verwer-

tungsbedingungen zu verbessern. Umwälzungen in den Produktivkräften vollziehen sich zudem nicht schlagartig, dies ist vielmehr ein längerfristiger Prozess, der einer längeren Forschungs- und Entwicklungsphase bedarf, sowie Kooperations- und Vorbereitungsaktivitäten sowohl seitens der Konzerne als auch seitens der Regierungen.

Regulierung

Regulierungskrisen bewirken auch, dass sich die Ausprägungen des zentralen Regulierungsmechanismus, die des Wertgesetzes ändern. Während im Kapitalismus der freien Konkurrenz über den Konkurrenzkampf der Kapitale die Herstellung der volkswirtschaftlichen Proportionen erfolgte und sich durch die freie Kapitalwanderung eine allgemeine oder Durchschnittsproritate herausbildete, so wurde im Zuge der ersten Regulierungskrise, welche mit der Krise der Jahre 1873/75 einsetzte, die Herausbildung des Monopols befördert, was schließlich um die Wende zum 20. Jahrhundert zur Entstehung des Monopolkapitalismus führte. Die Konkurrenzbeziehungen haben sich derart geändert, dass sich der Monopolprofit und der Monopolpreis herausbildeten. Die Monopole blockieren und deformieren gleichzeitig den Regulierungsmechanismus, indem notwendige Ausgleichsprozesse im Reproduktionsprozess gehemmt werden. Mit der zweiten Regulierungskrise, die 1929 einsetzte, kam es zur Ausprägung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Der Staat interveniert und reguliert zugunsten der Monopole und des Monopolprofits der weiterhin den Regulierungsmechanismus bestimmt. Auch mit dem Beginn der dritten Regulierungskrise ab den 1970er Jahren bleiben der Monopolprofit und der Monopolpreis bestimmend, jedoch bildet sich mehr und mehr das finanzkapitalistische Monopol heraus, das regelmäßig höhere Profitraten einfährt als das „gewöhnliche“ Monopol. Lucas Zeise führt aus, dass an den entscheidenden Stellen die Hochfinanz über den Hebel verfügt, „um die ökonomische Regulierung durch den Staat zu ihren Gunsten ablaufen zu lassen (...). Es findet eine vom Staat organisierte Umverteilung der Gewinne zugunsten der besonders großen und mächtigen Kapitalgruppen statt.“ Nämlich zugunsten der finanzkapitalistischen Monopole. Es gibt im Wesentlichen zwei Mechanismen, die zusammengekommen die dauerhaft hohen Gewinne des Finanzsektors erklären: „Das eine ist die schrankenlose Kreditausweitung. Sie ist nur dann schrankenlos, wenn wie unter den Bedingungen des neoliberalen Deregulierungsmodells der Staat der Kreditausweitung keine Grenzen setzt. Der zweite Mechanismus ist die Spekulation, die vom Staat gestattet oder besser gefördert, den Finanzsektor zur Wundermaschine macht

und Gewinne erscheinen lässt, die nicht der Mehrwertproduktion entstammen.“⁴¹ Somit folgt die staatliche Regulierung auch den Erfordernissen des finanzmonopolistischen Produktionsverhältnisses. Bisher hat sich der grundlegende Regulierungsmechanismus nicht qualitativ geändert und es bleibt bei einer Regulierung und Umverteilung im Interesse der finanzkapitalistischen Monopole. Ja diese Form der Umverteilung wird weiter vertieft, was auch als Form der Anpassung des Regulierungsmechanismus verstanden werden muss.

Bankenrettung

Bei der Krisenintervention standen zunächst die Bankenrettung und die Restrukturierung der privaten Banken durch Staatshilfe, staatliche Geldschöpfung und die Förderung von Fusionen im Vordergrund. Die Bereinigungsfunktion in der gegenwärtigen Krise wurde so blockiert, womit die Ursachen der Krise verschleppt wurden. Eine ausreichende Kapitalvernichtung wurde durch die staatlichen Entschädigungen der Mehrwertansprüche verhindert. Die Rettung des Finanzsektors mittels staatlicher Maßnahmen ist wesentlicher Grund für die starke Aufblähung der Staatsverschuldung einzelner Länder. Zwar entwerteten in der Finanzkrise kurzzeitig auch Finanztitel. Aber zeitgleich wurden die Banken und Finanzinstitute erneut zu Profiteuren. Dank exorbitanter Rettungspakete, Hilfgelder und staatlicher Interventionen saniert, kreditierten die Banken und Finanzinvestoren jetzt, begünstigt noch durch renditefreundlich niedrige Zentralbankzinsen, die Staatsschuldenaufblähung und erschlossen sich so inmitten der Krise ein einträgliches Geschäft mit Staatsanleihen, welches zudem noch vielfach die Zinsens in die Höhe trieb und eine Reihe von Spekulationsfeldern eröffnete. Das statutarische Staatsfinanzierungsverbot durch die EZB bzw. nationalen Notenbanken des Eurosystems erlaubte es den Finanzakteuren innerhalb der Euro-Zone ein besonders lukratives Geschäftsfeld zu erschließen. Die von der EZB zu einem sehr niedrigen Leitzins kreditierten Banken brauchten die allzeit gewährten EZB-Milliarden lediglich zu höheren Zinssätzen an die öffentlichen Hand der Kern-Länder oder eben zu noch höheren Zinssätzen an die „Problemländer“ weiterreichen und die Zinsdifferenz einstecken. Die Notenbanken sind in der Krise vermehrt in die Rolle von Gläubigern geschlüpft: Notenbankkredite ersetzen nach Ausbruch der Krise einen Gutteil des Interbankenmarkts, also der Refinanzierung, die Banken einander zuvor gewährt hatten. Die EZB trat und tritt auch als Ankäuferin von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt auf. Beides ermöglichte privaten Gläubigern, sich riskanter Anlagen in Krisenregionen zu entledigen. Dadurch ist es aber vorerst gelungen, systemische Risiken, die

sich aus der Verkettung von Verbindlichkeiten ergeben, zu entschärfen.

Austeritätspolitik und Strukturreformen

Als Reaktion auf die hohe Staatsverschuldung zielten die EU-Initiativen als Reaktion auf die Krise fast alle auf den Abbau der Staatsverschuldung ab. Diese Politik ist besonders brutal in jenen Ländern umgesetzt worden, die sich aufgrund der Krise nicht mehr auf den Finanzmärkten refinanzieren konnten. Die Prämien für eine Absicherung gegen den Ausfall von Staatsanleihen insbesondere von Griechenland, aber auch von Portugal, sind bis Ende 2011 stark angestiegen. Italien und Spanien mussten 2012 ein sehr großes Volumen an aufgenommenen Staatsanleihen zurückzahlen. Italien hat einen Kapitalbedarf – die Jahre 2012 bis 2014 zusammengerechnet – von insgesamt 956 Milliarden Euro, Spanien von 453 Milliarden Euro. Fünf Länder – Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern – mussten zeitweilig unter den Euro-Rettungsschirm schlüpfen und wurden zu sogenannten Programmländern. Neben drastischer Austerität verordnet die Krisenpolitik „Strukturreformen“. Im Gegenzug gab und gibt die Troika, bestehend aus EU-Kommission, der EZB und dem Internationalen Währungsfond (IWF), Kredittranchen aus den Rettungsschirmen frei (nunmehr aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, kurz ESM). Die geforderten Austeritätsmaßnahmen sollten in den überschuldeten Staaten den Finanzierungsbedarf der öffentlichen Haushalte senken und so Haushaltsdefizite abbauen, die staatliche Kreditwürdigkeit in den Augen des Finanzkapitals stärken und den Schuldenstand senken. Doch zeigte sich in Ländern wie Griechenland, dass drastische Ausgabenenkungen in einer rezessiven Situation das Wachstum reduzieren, was zu Steuerausfällen und Ausgabensteigerungen (etwa für die Arbeitslosenunterstützung) führt, wodurch der Schuldenstand im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung sogar ansteigt. Unter dem Slogan der „Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit“ erfolgten drastische Eingriffe, die bisher am Widerstand der Gewerkschaften und sozialer Bewegungen gescheitert waren¹: Im Bereich der Lohnpolitik kam es etwa zur Reduktion bzw. zur Einfrierung von Mindestlöhnen, zur Abschaffung, Aussetzung oder zeitlichen Limitierung von Kollektivverträgen und zur Verlagerung der Kollektivvertragsverhandlungen auf die Betriebsebene. Im Bereich der Pensionen wurde das Antrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt, die Beitragszeiten massiv verlängert und die Höhe der Zahlungen gekürzt. Und im Arbeitsrecht wurde eine Erleichterung von Kündigungen, eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit und einen Ausbau von befristeter Beschäfti-

gung und Zeitarbeit durchgesetzt. Auch die Einschnitte in die Gesundheitssysteme gehen derart tief, dass etwa in Griechenland nicht einmal mehr eine gesundheitliche Grundversorgung gewährleistet ist. Außerdem kam es zu einem weiteren Abbau des öffentlichen Sektors. Die beiden Leitlinien „Strukturreformen“ und „Austerität“ bestimmen auch jene Instrumente der Krisenpolitik, mit der die im südlichen Labor erprobten Maßnahmen europäisiert werden. Im Zentrum dieser Bemühungen steht die sogenannte New Economic Governance, bestehend aus Six-Pack und Two-Pack und dem Fiskalpakt. Der Six-Pack ermöglicht es Sanktionen gegen die Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspakt schon sehr viel früher als bisher anzudrohen und zu beschließen. Im Rahmen des Europäischen Semesters sind die Euro-Länder verpflichtet, ihre Haushaltspläne für das kommende Jahr jährlich im Oktober an Brüssel zu übermitteln. Auf diese Weise kann die Kommission frühzeitig überprüfen, ob sie den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts entsprechen. Mit dem Two-Pack werden Mitgliedsstaaten mit ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten oder solche, die schon finanzielle Unterstützung erhalten, einer intensiveren Überwachung ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage unterworfen. Durch den Fiskalpakt verpflichten sich die Mitgliedsstaaten einen Großteil der regelgebundenen Finanzpolitik auch in Form einer vorzugsweise verfassungsrechtlich abgesicherten Schuldenbremse zu übernehmen, die mit einem automatischen Korrekturmechanismus zu verbinden ist. Auch im Bereich der „Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit“ kam es zu einer Europäisierung der Krisenpolitiken. Im Zentrum steht das im Rahmen der New Economic Governance beschlossene Verfahren bei ökonomischen Ungleichgewichten, das so ausgestaltet ist, dass es insbesondere auf Länder mit Leistungsbilanzdefiziten fokussiert. Wenn „nötig“ kann die Kommission die Mitgliedstaaten zur inneren Abwertung durch Lohnsenkung und Abbau des Arbeitsrechts im Wege eines Korrekturmaßnahmenplans verpflichten und allenfalls empfindliche Geldbußen verhängen.

Eurokrise

Die ungleichmäßige Entwicklung in der EU wird durch Kreditgewährung und der damit verbundenen Austerität und Strukturreformen nicht beseitigt. Diese wurde bereits mit der Einführung des Euro befördert, welche vorsah, dass Länder mit Defiziten nicht etwa durch Finanzausgleich oder Monetarisierung der öffentlichen Haushalte mittels der europäischen Zentralbank gestützt werden. Und auch trotz dieser „Fehlkonstruktion“, blieb die Euro-Zone bisher erhalten. Die Krise des Euro ist im engeren Sinn keine Währungskrise, da es weder zu einer

hohen Inflationsrate, noch zum Absturz des Außenwertes der Währung, noch zu einer hohen Verschuldung für die Euro-Zone als Ganzes kam. Die Krise des Euro resultierte vielmehr aus der zugrundeliegenden Weltwirtschaftskrise, welche das Problem der ungleichmäßigen Entwicklung und hoher Leistungsbilanzdefizite zusätzlich durch die wachsende Staatsverschuldung verschärfte. Die Euro-Krise ist also eine Schuldenkrise und eine Zahlungsbilanzkrise, die aus der Wirtschaft- und Finanzkrise entsprang und besteht darin, dass einzelne Länder ihre Staatschulden nicht mehr refinanzieren konnten. Die Währungsunion bot den wettbewerbsschwächeren Ländern anfangs massiv niedrige Zinssätze auf ihre Staatsanleihen, was zur Blasenbildung beitrug. Die Zinsniveaus differierten jedoch bei Ausbruch der Euro-Staatschuldenkrise wieder stark und die Vorteile waren dahin. So schnellten die Refinanzierungskosten auch durch spekulative Attacken auf ein nicht mehr beherrschbares Niveau. Die betroffenen Länder konnten, da sie ihre nationalen Währungen aufgegeben hatten, nicht mehr den Weg über die Monetarisierung ihrer Schulden mittels ihrer nationalen Zentralbanken gehen oder eine Abwertung zugunsten einer erhöhten Konkurrenzfähigkeit ihrer Produkte vornehmen. Doch die wirtschaftlichen und politischen Eliten zielten auf einen unbedingten Erhalt der Euro-Zone, was jedoch nicht bedeutet, dass die Euro-Zone nicht auch zerbrechen könnte. Die Gefahr für private Gläubiger wurde zumindest gebannt, indem ihnen die EZB Staatsanleihen der von der Krise am meisten betroffenen Länder abkauft. Die Situation beruhigte sich einigermaßen, als EZB-Präsident Mario Draghi im Juli 2012 ankündigte, dass die EZB alles in ihrer Macht stehende tun werde, um den Zusammenhalt der Eurozone sicherzustellen. In Folge wurde das Outright Monetary Transaction Programm (OMT) beschlossen, das vorsieht, dass Käufe von Staatsanleihen, die als endgültige Transaktionen durchgeführt werden, vom Eurosystem am Markt unbefristet erfolgen. Die Käufe erfolgen aber ausschließlich auf dem Sekundärmarkt also nicht direkt vom gebenden Staat. Doch obgleich das Programm nicht zum Einsatz kam, verringerten sich die Risikoaufschläge in den Peripherieländern der Eurozone stark und anhaltend. Die fallenden Risikoaufschläge auf langfristige Staatsanleihen bremsen den Anstieg der Staatsschulden jedoch nur geringfügig. Die Verschlechterung der Schuldendynamik war in jenen Ländern am deutlichsten, welche die umfangreichste Sparpolitik forcierten. Erst Anfang 2015 hat die EZB damit begonnen, Staatsanleihen systematisch aufzukaufen. Bisher kam es aber nicht zur Einführung der viel diskutierten Euro-Bonds. Diese könnten so aussehen, dass eine gemeinsame Finanzagentur der Euro-Staaten Anleihen verkauft, wobei die einzelnen Staaten

ihre Kredite entsprechend des bestehenden Bedarfs bedienen müssten. Die Schulden werden also nicht zusammengeworfen, jedoch werden die Schulden gemeinsam vermarktet und jeder Staat würde die gleichen Zinsen zahlen. Von Seiten Deutschlands wurden die Euro-Bonds immer schon energisch abgelehnt, nicht zuletzt wegen der Befürchtung, dies würde die Zinsen auf die Anleihen für Deutschland erhöhen. Dazu kommt aber auch noch die Logik der deutschen Eliten, dass unterschiedliche Zinsentwicklungen gerade disziplinierend auf die verschuldeten Staaten wirken sollen. Demnach zeichnet sich ab, dass zwar die radikale Sparpolitik europäisiert werden soll, die führenden Eliten jedoch verhindern wollen, dass die Schulden einzelner Länder zu sehr vergemeinschaftet werden könnten. Im Falle der Euro-Bonds befürchtet man, dass die europäischen Staaten den Gläubigern gegenüber als Gesamthaftende auftreten müssten. Es zeichnet sich so eine Regulierung im Euroraum ab, welche langfristige Maßnahmen in Richtung einer Umverteilung hin zum Finanzkapital über den nationalen Rahmen hinweg vornimmt, mit einigen Staaten im Zentrum, die einen Leistungsbilanzüberschuss und starke Gläubigerpositionen aufweisen (Belgien, Deutschland, Niederlande, Österreich, Finnland, Luxemburg, mit Deutschland an

der Spitze), die allerdings eine Umverteilung in die andere Richtung, hin zu einer Aufhebung der ungleichmäßigen Entwicklung und einer Entlastung der Peripherie (insbesondere Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Irland, Zypern) unterbinden will.

Anpassungen im Regulierungsmechanismus

Damit sind einige wesentliche Anpassungen im Regulierungsmechanismus angesprochen. Es kommt zu einer Vertiefung der Umverteilung zugunsten des Finanzkapitals. Die Kosten der Krise wurden weitestgehend sozialisiert. Dafür werden radikale Sparmaßnahmen zu Lasten der Arbeiterklasse und des Volkes umgesetzt. Die Ausbeutungsrate wird durch niedrigere Löhne, längere Arbeitszeiten, späteren Pensionseintritt etc. erhöht und langfristig verankert. Diese Entwicklung soll möglichst europäisiert werden, während das Grundgerüst der Währungsunion unangetastet bleibt, dass Schulden weitestgehend nicht vergemeinschaftet werden. Diese Maßnahmen sind Ausdruck des hohen Grades der Verflechtung des Kapitals, wobei die Interessen der nationalen Monopolkapitale, vor allem aber die der dominierenden Staaten Europas, gewahrt werden.

Doch zeichnet sich auch im internationalen Maßstab eine Anpassung der Regulierung an die Erfordernisse der Verflechtungen des Monopol- und Finanzkapitals ab. So kann etwa des TTIP Abkommen, welches den Investitionsschutz für transnationale Konzerne vorsieht, den Schutz vor regulatorischen Eingriffen welche Investitionen (auch Finanzinvestitionen) gefährden könnten, als ein Schritt in eine verstärkt international ausgerichtete Regulierung entsprechend der neuen Erfordernisse der Kapitalverwertung, jedoch auch im Interesse der jeweiligen nationalen Monopolkapitale, verstanden werden.

Von Gerfried Tschinkel.

Anmerkungen

- 1 Karl Georg Zinn, Krisenerklärung: Drei verlorene Jahrzehnte, In: Elmar Altvater u.a. Krisen Analysen, Hamburg 2009, S. 122
- 2 Lukas Zeise, In welchem Kapitalismus leben wir – oder: Der Finanzsektor in der neoliberalen Ausprägung des Stomokap, 2013
- 3 Vgl. Lukas Oberndorfer, Marktkonform statt rechtskonform, In: FORUM Wissenschaft, 02.06.2014.